

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 131.

Dienstag, den 9. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Landwirtschaft in der Zeit der Teuerung.

I.

Der Haushalt des Arbeiters ist in den letzten fünf Jahren durch das Vordringen der Teuerung ungeheuer beschwert worden. Das hat jede einzelne Hausfrau bitter genug am eigenen Leibe gemerkt. Krankheit und früher Tod sind bei der mangelhaften Ernährung in den Häusern der Armen eingetreten, ohne daß sie es ahnten, wodurch die Gäste hineingelockt worden waren. Deshalb hat sich die Sozialdemokratie ständig bemüht, über die Bedeutung der Teuerung für die Arbeiterklasse immer wieder in der breiten Öffentlichkeit Aufklärung zu schaffen. Von der Lebensmittelteuerung wissen wir, daß sie internationale Ursachen hat, die an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden können. Aber das, was auf dem Weltmarkt sich als eine mäßig steigende Tendenz bemerkbar macht, wird in den Schutzländern wie Oesterreich und Deutschland zu einem himmelsstreichenden Wahnsinn. Getreidezölle und die Abscherrung der Fleischpreise bewirken solche ungeheure Preise, daß man sagen kann, den städtischen Arbeitern wird durch die Teuerung Leben und Gesundheit untergraben. Wer sich für statistische Beweise interessiert, mag aus Dr. Tyszkas neuester Arbeit in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, Heft 5 und 6, sehen, in welcher trassen Weise der Schutz der nationalen Arbeit die steigende Weltmarktstendenz zur unerträglichen Volksausplünderung gestaltet hat.

Bei ruhiger Ueberlegung dieses Zustandes muß sich der denkende Arbeiter fragen: Wie hat denn eigentlich der Milliardenregen, der durch den Bülowischen Zolltarif seit dem 1. März 1906 den Agrariern auf meine und meiner Klassengenossen Kosten zugeflossen ist, auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes gewirkt?

Die auffälligste Erscheinung, die selbst dem oberflächlichsten Beobachter auffällt, ist das gleichzeitige Sinken und Steigen der Bodenpreise mit den größeren Schwankungen der Getreidepreise. So hat in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis gegen die Mitte der siebziger Jahre ein sehr lebhaftes Steigen der Bodenpreise eingeseht. Das war begleitet von einem ziemlichen Ansteigen der Getreidepreise. Als diese in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu sinken begannen, trat auch ein Sinken der Bodenpreise ein, verbunden mit einer Krise unter allen denjenigen Landwirten, die in Erwartung weiterer Wertsteigerungen zu teuer gekauft hatten und aus Mangel an Betriebskapital und anderen Gründen sich den neuen Verhältnissen nicht anpassen konnten. Von da ab bis gegen Ende des Jahrhunderts sind die Schwankungen der Getreidepreise nicht so sehr ausgeprägt, ebenso wenig die der Bodenpreise.

Mit Eintritt der Teuerung an den Jahren nach der Jahrhundertwende tritt wieder eine völlige Revolution in den Getreidepreisen ein, die ein wahres Lohwunder in den ostelbischen Gefilden, der Gegend des landwirtschaftlichen Großbetriebes hervorgerufen hat.

Der Zusammenhang zwischen Teuerung und Güterpreis ist ja auch nicht schwer zu erkennen. Jede Preissteigerung auf dem Getreidemarkt, die die Aufkosten im landwirtschaftlichen Betrieb unverändert läßt, wie z. B. eine Zollerhöhung, verbunden mit steigenden Preisen des amerikanischen und russischen Getreides, bringt dem glücklichen Bewirtschafter neben seinem normalen Verdienst einen Extraprofit. Dieser ist natürlich umso größer, je stärker die Preissteigerung war. Sind noch weitere Preissteigerungen zu erwarten, so erzeugt die Gier nach Profit ein kolossales Hinauftreiben der Güterpreise. War der Bewirtschafter eines Gutes nur Pächter, so hat er nur kurze Zeit am Segen der Teuerung teilgenommen. Der Eigentümer des Grund und Bodens erhöht bei Ablauf des Vertrages schnell die Pacht und nimmt, ohne den Finger zu rühren, an den gestiegenen Preisen durch höhere Pachtrenten teil. Deshalb hören wir z. B. in der agrarischen Presse, zuletzt z. B. in der Nr. 265 der „Deutschen Tageszeitung“ immer häufiger, daß der Fiskus die Pachtrenten nicht so fürchtbar steigern soll. Diese Verhältnisse in Ostdeutschland, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen sind ja oft besprochen worden und daher allgemein bekannt.

Fast alle Güter, die nicht als ein gelegentliches Nebenkommiß als Eigentum der hochadeligen Familien unverkäuflich sind, haben ihre Besitzer unter den wahnsinnigen Preissteigerungen gewechselt. Es hat sich aus diesen Landwirten, die enorm verdient haben, direkt ein besonderer Stand von Rentiers ent-

wickelt, die in die Stadt gezogen sind und dort in gottseliger Ruhe ihren Reichtum verzehren. Und die Söhne dieser Familien, die durch Verkauf oder glänzende Mehreinnahmen diese Entwicklung mitgemacht haben, spüren die fessigen Folgen der Lebensmittelteuerung in erhöhten Zuschüssen, die sie bei feudalen Kavallerieregimentern oder feinen Studentenverbindungen mit Weibern und Sekt standesgemäß durchbringen.

Neu ist, daß ähnliche Bodenpreissteigerungen infolge der Teuerung sich im gelobten Lande der Mittel- und Großbauern, im zentrumsfremden Bayern, sich zeigen, wenn auch infolge der kleinen Betriebe sich nicht so horrende Formen wie in Ostelbien zeigen. Schüler von Professor Brentano haben sich in Ober- und Niederbayern und Franken niedergelassen und aus den Grundbüchern mehrere tausend Kaufpreise festgesetzt, die die Bodenpreisbewegung in großen zusammenhängenden Gebieten von 1900—1910 fast lückenlos erfassen. Im ganzen sind es vier Arbeiten, die in einem stattlichen Bande von 711 Seiten in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik vereinigt sind.

Die beobachteten Steigerungen sind enorm. Als Beispiel seien folgende Prozentzahlen für Oberbayern angeführt. Wenn der Preis für einen Hektar 1900—02 100 war, so stieg er bei Gütern mit gutem Boden über 20 Hektar (= 80 preussische Morgen = 60 Tagwerk) wie folgt:

1900/02	100
1905	142,9
1906	156,1
1909	183,2

Die verschiedene Fruchtbarkeit der Gegenden bringt prinzipiell nichts Neues zuwege, beschleunigt oder hemmt aber die Schnelligkeit, mit der die Bodenpreissteigerungen um sich greifen.

So erstreckt die Arbeit von Dr. Hansen sich über zwei grundverschiedene Teile von Niederbayern, nämlich die getreidebauende reiche Ebene, die auch Bayerns „Kornkammer“ genannt wird, und die ärmere Gegend am Bayerischen Wald, deren Fruchtbarkeit durch das Gebirge ungünstig beeinflusst wird. Im bayerischen Wald sind die Preise nicht so hoch wie in der Ebene, auch die Steigerungen der Preise sind geringer. Sucht man aber aus der Ebene die weniger fruchtbaren Böden heraus, so zeigen sie dieselbe Entwicklung wie das Waldgebirge. Demnach geht die Verteuerung der besten Höfe am schnellsten vor sich.

Interessant ist die Vergleichung der Preise bei den verschiedenen Betriebsgrößen. Die armen Zwergbauern mit dem kleinsten Landbesitz zahlen von allen die höchsten Preise für den Boden. Sie rechnen nicht, daß sie auf ihre hineingestreckten Ersparnisse Zinsen verdienen müssen, sie wollen nur eine Stelle haben, wo sie sich von eigener Hände Arbeit ernähren können. Diese Arbeits- und Wohnstellen werden trotz häufigen Eigentumswechsel sehr selten Spekulationsobjekte. Diese kleinen Leute verdienen auch nichts oder sehr wenig beim Verkauf.

Andererseits die Entwicklung beim behäbigen Mittel- und Großbauern. Zunächst zeigt Hansen, daß je größer das Anwesen ist, desto länger der Bauer auf seiner Scholle sitzt und er nur nach sehr langem Zeitraum verkauft oder an seine Kinder den Hof übergibt. Aber das gilt nur solange, als die Preise tief sind und keine Aussicht besteht, daß sie in die Höhe gehen können. Mit dem Jahre 1906 tritt in den unterjochten niederbayerischen Rentämtern zum ersten Male ein ruckartiges plötzliches Anziehen der Preise ein, wovon besonders der Roggen, der in der Gegend auschlaggebend ist, betroffen wird. Und sofort bricht mit einer merkwürdigen Schnelligkeit unter den konservativen Bauern eine Verkaufswut aus. Die Verkäufe an die Gutschändler vermehren sich ungemein rasch. Die alte gute Sitte ist zum Teufel, die Bauern fassieren sich ihren Gewinn in klingender Münze ein. (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

In der bürgerlichen Presse war behauptet worden, der Reichstagsabgeordnete für den Rudolstädter Wahlkreis, Genosse Arthur Hofmann in Saalfeld, habe in einem Vortrage über obiges Thema in der Kreisgeneralversammlung unserer rudolstädter Sozialdemokratischen Parteiorganisation von einer Wandlung der Sozialdemokratie in der Frage der Kolonialpolitik gesprochen. In der Parteipresse setzte auf Grund dieser Mitteilungen eine Diskussion ein, die sich in der Hauptsache auf einzelne zusammenhanglose Sätze stützte, die aus dem Be-

richt über diesen Vortrag dem „Saalfelder Volksblatt“ entnommen waren.

Genosse Hofmann veröffentlicht nun eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß er nie behauptet hat, die Fraktion habe beschlossen, Parteigenossen zum Studium nach den Kolonien zu schicken. Er hat nur erwähnt, daß eine ähnliche Idee in der Fraktion wiederholt aufgetaucht sei. Er habe auch seinerzeit bei Besprechung der Einladung der Dampferlinien zum Besuch der Kolonien gelegentlich der Eröffnung der Tanganjikabahn gegen die Annahme dieser Freifahrtgelegenheit gestimmt und stehe selbst auf dem Standpunkt, daß das eventuelle Studium der kolonialen Verhältnisse absolut nichts mit der prinzipiellen Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik zu tun habe. Das habe er auch in seinem Vortrage zum Ausdruck gebracht, was übrigens auch aus dem Bericht des „Saalfelder Volksblattes“ in dem folgenden Satze hervorgeht, der allerdings von der bürgerlichen Presse unterschlagen worden sei:

„Das könne aber nicht im Gefolge haben, daß wir der Kolonialpolitik, wie sie letzten Endes Regierung und bürgerliche Parteien gutheißen oder entschuldigen, irgend welche Konzessionen machen, sondern wir müssen versuchen, durch eine schonungslose Kritik dieser unter spezieller Berücksichtigung kapitalistischer Profitmacher betriebenen „Kolonisation“ die Giftzähne auszubrechen.“

Weiter erklärt Genosse Hofmann noch, daß es ihm niemals eingefallen sei, in irgendwelche Kolonialschwärmerei zu verfallen; er würde vielmehr ebenfalls für eine Liquidation der Kolonien sein, wenn es in unserer Macht stünde. „Es ist eben mit den Kolonien, wie mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, auch diese würden wir ja — stünde es in unserer Macht — lieber heute als morgen liquidieren.“ Auch diese studieren wir und untersuchen wir wissenschaftlich, um sie gründlicher und besser bekämpfen zu können. Schließlich kündigt Genosse Hofmann an, daß er mit dem Reichstagsabgeordneten Genossen Baudert, der ebenfalls an der Kreisgeneralversammlung in Stadtilm teilnahm, übereingekommen sei, den Vortrag in Broschürenform herauszugeben.

Wenn man die Wahlurne schütteln will.

Wie die schwere Beurteilung des Genossen Folz in Trebnitz wegen versuchten Schüttelns der Wahlurne zustande gekommen ist, darüber gibt ein Brief einigen Aufschluß, den der Wahlvorsteher in Trebnitz, ein konservativer Freiherr v. Seherr-Thoß an ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes gerichtet hat. Darin heißt es:

„Sehr verehrter Herr Ruschel! Nachdem ich mit dem Herrn Ersten Staatsanwalt in Dels mündlich Rücksprache genommen habe, bitte ich ergebenst um gütige Beantwortung nachstehender Punkte: (folgen einige Fragen, wer die Wahlurne zu sehen und zu schütteln versuchte.)

Es handelt sich in der Hauptsache darum, festzustellen, ob Beleidigung, des gesamten Wahlkomitees oder Landfriedensbruchs (!) vorliegt.

Ich darf wohl noch bitten, die Angelegenheit so mit Distretion zu behandeln, daß nichts davon an die Öffentlichkeit dringt, besonders, daß die Herren Sozialdemokraten nichts davon erfahren, zumal ich nur dann zur Anzeige zu schreiten beabsichtige, wenn ein Vorgehen des Staatsanwalts, bezw. eine Bestrafung sicher gestellt ist.

Mit vorherigem Dank und vorzüglichster Hochachtung ganz ergebenst

Frhr. v. Seherr-Thoß.“

Zehn Monate nach dem 12. Januar 1912, nämlich am 27. November 1912, wurde dann Anklage gegen Folz wegen „Annahme eines öffentlichen Amtes“ erhoben und am 2. Januar 1913 beantragte der Staatsanwalt 150 Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach Folz frei, weil in dem versuchten Schütteln der Urne keine Amtshandlung liegt. Nachdem das Reichsgericht diese Auffassung für irrtümlich erklärt und das Urteil an die Vorinstanz zurückerwiesen hatte, beantragte der Staatsanwalt am 25. August 1913 wegen derselben Handlung 1 Monat Gefängnis und dieselbe Strafkammer, die im Januar freigesprochen hatte, erkannte jetzt wegen derselben Handlung auf zwei Monate Gefängnis! Das Gericht erklärte jetzt, daß „der Angeklagte, indem er die Urne mit den Stimmgeldern ergriff und hochhob, eine Handlung vornahm, zu der er nicht befugt war, und die nur der Wahlvorsteher kraft seines öffentlichen Amtes vornehmen durfte. Er war sich dessen, wie in Anbetracht des Grades seiner staatsbürgerlichen Bildung als erwiesen angenommen worden ist, auch bewußt.“

Also die Richter selbst waren sich in der ersten Verhandlung der Strafbarkeit dieser Handlung nicht bewußt, der staatsbürgerlich gebildete Dsenfeger aber — der mußte es wissen. Dieses Urteil wurde vom Reichsgericht bestätigt! Ein zweimaliges Gesuch um Strafaufschub, da die Abbüßung gerade in die

Zett seiner besten Arbeitsgelegenheit fällt, wurde vom Staatsanwalt abgelehnt und Holz büßt jetzt nach 2 1/2 Jahren zwei Monate Gefängnis ab, weil er die Urne zu schütteln versuchte!

Städtische Begünstigung der Sozialdemokratie.

Die „Kreuzzeitung“ vom 4. Juni berichtet unter dieser Ueberschrift von einer Ermäßigung des Fahrpreises, die die Verwaltung der städtischen Straßenbahn zu Frankfurt a. M. den Teilnehmern des Waldfestes der sozialdemokratischen Partei zu Pfingsten gewährt habe. Alle Festteilnehmer sollen, auch wenn sie aus den entlegensten Vororten kamen, für 10 Pf. auf der Straßenbahn befördert worden sein. Der Redaktion der „Kreuzzeitung“ erscheint diese Tatsache so unglaublich, daß sie die Meldung vorläufig nur mit allem Vorbehalt wiedergeben will.

Die „Kreuzzeitung“ muß sich in das Schreckliche finden, die Arbeiter sind in der Tat für 10 Pfennige zu ihrem Fest gefahren. Pfingsten war in Frankfurt a. M. zwar kein Waldfest der sozialdemokratischen Partei, sondern das Gewerkschaftsfest, das von den freien Gewerkschaften veranstaltet und seit Jahren nicht im Walde, sondern in der Festhalle abgehalten wird. Den Teilnehmern dieses Festes gewährt die Verwaltung der Straßenbahn allerdings die Vergünstigung, für 10 Pfennige an die Festhalle zu gelangen, auch wenn der tarifmäßige Fahrpreis höher ist. Eine „Begünstigung“ der Sozialdemokratie oder auch nur der Gewerkschaften kommt hierbei aber gar nicht in Frage, sondern lediglich das geschäftliche Interesse der Straßenbahn. Sie macht trotz der Preisermäßigung ein vorzügliches Geschäft, denn an dem Fest beteiligten sich mehrere Zehntausende. Mit der Ermäßigung des Fahrpreises wird übrigens den Teilnehmern des Gewerkschaftsfestes nur das gleiche gewährt, was die Besucher von Schützen-, Turner- usw. Festen auch erhalten. Für die „Kreuzzeitung“ ist das natürlich kein Trost, denn gleiches Recht für Arbeiter, die verdächtig sind, zur Sozialdemokratie zu gehören, gibt es für das Sunkerbrot nicht.

Konserverterror.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Böttger hatte kürzlich im „Tag“ den Agrarkonserverterror, die so gern über sozialdemokratischen Terrorismus zeternden, einen Spiegel vorgehalten, über den die „Deutsche Tageszeitung“ nicht wenig ungehalten war. Dr. Böttger sandte daher dem Viertelblatt eine Entgegnung, in der es heißt: „Was ich vom Terrorismus (der in ländlichen Gegenden von Agrariern und Konservern ausgeübt worden ist) erwähnt habe, ist nicht nur bei der Wahl in Okerburg-Stendal in die Erscheinung getreten. Ich verweise darunter in erster Linie Saalabtreiben und Einschüchtern von Geschäftsleuten, durch einflußreiche Grundbesitzer. Beispiele liegen hierzu in so großer Zahl vor, daß ein Abstreiten sinnlos ist, und daß eine gesetzliche Regelung allmählich geboten erscheint.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß hierzu in laugen Ausführungen so gut wie nichts zu sagen. Sie entgegnet zunächst widerprüchlich, alle Parteien ohne Unterschied hätten im Wahlkampf die Taktik des Saalabtreibens angewendet; ein Druck auf die Saalbesitzer sei aber von den Konservern nicht ausgeübt worden, sondern erstere hätten bei der Verweigerung ihrer Säle zu Versammlungen in ihrem eigenen Interesse gehandelt, um den Frieden unter ihren Gärten nicht stören zu lassen. Zum Schluß bemerkt das Blatt noch, außer bei der Sozialdemokratie finde man den organisierten geschäftlichen Boykott nur noch auf liberaler Seite, und Herr Dr. Böttger sei den Beweis für seine Behauptungen schuldig geblieben. — Dr. Böttger wird nun wohl deutlicher werden müssen. Es wird ihm dies nicht schwer fallen, da ihm ja die Wahlprüfungsakten des Reichstags zur Seite stehen.

Die staatsgefährlichen katholischen Jugendorganisationen.

Der volksparteiliche Stuttgarter „Beobachter“ meldete, in württembergischen Regierungskreisen erwäge man allen Ernstes die Auflösung der einseitig konfessionellen Jugendorganisationen des Zentrums aus folgenden politischen Gründen:

1. reißten die Organisationen einer politischen Partei die Jugend in streng konfessionelle Lager auseinander und verhindern so das Gemeinheitsempfinden des nachwachsenden Geschlechts und

2. fesselten diese konfessionellen Organisationen im Konfliktfälle — nach dem Wort „man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ — die Interessen und Gebote ihrer Kirche und deren Vertreter über die Interessen und Gesetze des Staates und dessen Beamten, und sind als in dieser Richtung „staatsgefährlich“.

Die „Germania“ kann an die Richtigkeit dieser Meldung noch nicht glauben, und sie bemerkt hierzu: Aus denselben Gründen müßten auch die evangelischen Jugendorganisationen aufgelöst werden. — Wenn man konsequent sein wollte, so bliebe nichts anderes übrig, als ja, wie oben angegeben, gegen die konfessionellen Jugendorganisationen vorzugehen; denn nach diesem Kriterium werden ja auch die freien Jugendorganisationen bekämpft. Aber auf eine solche Konsequenz der Staatsbehörden werden wir vergeblich warten können.

Reichs-Starkstromgesetz.

Im Finanzansatz der bayerischen Kammer der Abgeordneten wurde von einem Abgeordneten die Mitteilung gemacht, daß ein Reichs-Starkstromgesetz in Vorbereitung sei. Die „Germania“ erzählt nun hierzu, daß die Frage, ob ein solches Reichsgesetz ausgearbeitet werden soll, zurzeit noch nicht entschieden ist. Es finden Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts über diese Angelegenheit statt, und auch die Bundesregierungen haben zum Teil bereits Vorschläge unterbreitet, die sich mit der Materie befassen. Es ist jetzt aber noch unbestimmt, ob man dem Gedanken eines Starkstromgesetzes für das Reich näher treten will, oder ob die Angelegenheit für Preußen auf landesgesetzlichem Wege zu regeln ist.

Endlich erreicht.

Der ehemalige nationalliberale Reichstagsabgeordnete und hessische Landgerichtsdirektor Heinze ist zum Reichs-

gerichtsrat ernannt worden. Heinze war früher in Dresden tätig und zeigte bei seinem ersten politischen Auftreten gewisse national-soziale Neigungen, die ihn in den falschen Verdacht brachten, ein liberaler Mann zu sein. Gelegentlich der Blockwahlen 1907 gelang es ihm, den Dresdener-Mitglieder Kreis zu erobern und im Reichstage entpuppte er sich dann bald als einer der eifrigsten und skrupellosen freiwilligen Regierungskommissare. Wenn es irgend eine vom liberalen Standpunkt aus gewagte Sache zu verteidigen galt, Heinze war der richtige Mann dazu, er ließ sich von den Desperatos der äußersten Rechten kaum übertrumpfen. Seine parlamentarische Tätigkeit fand bei den Wahlen 1912 ein Ende und nun sollte der so brauchbare Mann unter allen Umständen beim Reichsgericht untergebracht werden. Es war ein offenes Geheimnis, daß hinter der wiederholt gestellten Forderung der Regierung, einen sechsten Reichsanwalt etatsmäßig anzustellen, die Absicht stand, Heinze mit diesem Posten zu — na, sagen wir — belohnen. Die Forderung der Regierung wurde aber regelmäßig abgelehnt, und nun hat man sich so geholfen, daß man ihn zum Reichsgerichtsrat ernannte. Heinze dürfte einer der jüngsten Reichsgerichtsräte sein, er ist noch nicht 49 Jahre alt.

Fortschrittliche Parteitage.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat am Sonntag Bezirksparteiwege in Schlesien und in Oldenburg abgehalten. Auf dem schlesischen Parteitage referierte der Abgeordnete Fischbeck über die politische Lage und die Tätigkeit des Reichstags und nahm dabei Gelegenheit, die Sammlungspolitik namens der Fortschrittlichen Volkspartei abzulehnen. Natürlich rief sich Fischbeck auch an der Sozialdemokratie, deren Tätigkeit im Reichstag er scharf angriff und der er falsche Taktik vorwarf. Sonst bot dieser Parteitag nichts Bemerkenswertes.

Der Oldenburger Parteitag beauftragte den Abgeordneten Segter, daß vom Gesamtvorstand der Fortschrittlichen Volkspartei eine Schrift herausgegeben werde über die geschichtliche Entwicklung der Unterstützung sozialdemokratischer Abgeordneten durch die bürgerlichen Parteien. Weiter wurde beschlossen, einen Parteisekretär für Oldenburg und Ostfriesland anzustellen, der seinen Wohnsitz in Rühringen haben soll.

Im Kampf ums preussische Wahlrecht.

Am Sonntag nachmittag fand in Düsseldorf eine von ca. 5000 Personen besuchte Versammlung in einem Zirkusgebäude statt, die Stellung nahm zu der neuen Wendung in der preussischen Wahlrechtsfrage. Eine Resolution, die den politischen Massenstreik als notwendig zur Erringung des freien Wahlrechts in Preußen verlangt, wurde einstimmig angenommen. Außerdem erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags einverstanden.

Die preussische Besoldungsvorlage.

Am Montag begann die verstärkte Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses die Beratung des Gesetzentwurfs über Abänderung der Besoldungsordnung. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß alle geäußerten Wünsche der Beamtenschaft eine jährliche Erhöhung des Etats um 550 Millionen Mark bedeuten. Diese Wünsche zu befriedigen, sei unausführbar. Sedenfalls müsse eine völlige Gleichmäßigkeit zwischen dem Reiche und Preußen erstrebt werden. In einer zu vereinbarenden Resolution sollen der Staatsregierung grundsätzliche Erwägungen für die spätere Reform in die Hand gegeben werden.

Der Finanzminister erklärte hierauf, daß jede Abänderung der Novelle nach gründlicher Ermägung seitens der Rgl. Staatsregierung unannehmbar sein würde, da eine feste Umgrenzung unbedingte Notwendigkeit sei. Für die Berücksichtigung weitergehender Wünsche könne zunächst ein Termin noch nicht festgelegt werden, so lehnt auch die Rgl. Staatsregierung bestrebt sei, die Beseitigung von Härten baldmöglichst in die Wege zu leiten. Die Innehaltung des vorhin genannten Termins (1. Januar 1916) werde auch von Preußen angestrebt werden, pari passu mit einer Regelung im Reiche. Ob indes dieser Termin eingehalten werden könne, sei jetzt mit Sicherheit noch nicht zu sagen. Auf jeden Fall würden die Gehälter der gehobenen Unterbeamten vor 1918 geregelt werden; dieser Termin dürfte auch für eine weitere Besoldungsreform angestrebt werden.

Ein neuer Landesverratsprozeß.

Gegen den seit 28. April in Haft befindlichen ehemaligen Gemeinderat Hurlin aus Montigny bei Metz wurde das Verfahren wegen vollendeten Landesverrats eröffnet.

Säntweis.

Eine deutsche Spionagenagentur in der Schweiz? Westschweizerische Blätter, allen voran das „Journal de Jura“ wissen zu melden, daß in dem Gebiet des ostfranzösischen Armeekorps Schweizerbürger verhaftet wurden, die angeblich von einer deutschen militärischen Agentur in Basel zu Spionagezwecken engagiert worden sind. Diese Agentur suchte in der westschweizerischen Presse Agenten für hohe Provisionen „ohne Vorwissen bestimmter Berner“. Melben hat dann arbeitslose heruntergekommene Reisende, so werden sie veranlaßt, Spionagedienste zu tun. Es wird also die wirtschaftliche Notlage ausgenutzt. Die schweizerische Presse verlangt von den Bundesbehörden die sofortige Ausweisung des Leiters des reichsdeutschen Spionagebureaus in Basel, der ein bayerischer Offizier sein soll. — Von uns eingezogene Erkundigungen haben ergeben, daß sich das bureau nicht in Basel, sondern im nahegelegenen deutschen St. Ludwig befindet. In diesem Falle besteht natürlich für die schweizerischen Behörden keine Möglichkeit, diese Elemente auszuweisen. Den Schaden werden aber die in Basel wohnenden Deutschen haben, denn die baselstädtische Polizei wird der Sache ein wachjames Auge schenken, da die Spionagewerbung in Basel selbst vor sich geht. — Die verwerflichen Praktiken des internationalen Militarismus bedingen so auch die im neutralen Ausland lebenden Bürger.

Frankreich.

Die Schwierigkeiten für die Kabinettsbildung bestehen weiter. Allerdings hat Ribot sich bereit erklärt, das Ministerium zu bilden, doch befindet er sich gegenwärtig noch auf der Suche nach geeigneten Mitarbeitern. Ribot sicherte sich mit Hilfe Delcassés, Rouleus, Clementel, Jean Dupuy und Leon Bourgeois, der, wie es heißt, das Ministerium des Auswärtigen übernehmen wird. Viviani lehnte den Eintritt in das Ministerium ab. Die Kombination Ribot wird von der gesamten Reaktion freudig begrüßt, da sie sich auf eine gemäßigte Mehrheit stützen und die Spaltung der Vereinigten Radikalen versuchen müßte, die den Radikalismus zu dauernder Machtlosigkeit verurteilen würde. Ribot würde die Festhaltung der dreijährigen Dienstzeit ohne Vorbehalt vertreten und müßte auch in der Steuerfrage die reaktionären Wünsche erfüllen. Darum ist das Gelingen seiner Aufgabe unwahrscheinlich. Sedenfalls würde sein Ministerium nicht lebensfähig sein. Mißlingt der Versuch Ribot, so wird Poincaré jedenfalls noch andere Versuche mit der gleichen Tendenz unternehmen. Nur ist es sehr fraglich, ob die Kammermehrheit einer solchen Regierung Gefolgschaft leisten wird.

Italien.

Blutbad und Proteststreik. Bei dem Verfassungsfest am Sonntag demonstrierten in Ancona die Republikaner und Anarchisten gegen Militarismus und Staat. Mehrere Kompanien schritten gegen sie ein. Hierbei schossen die Carabinieri auf die Demonstranten. Es gab 2 Tote und 15 Verwundete. In Ancona wurde gestern abend sofort ein Proteststreik durchgeführt. Montag mittag wurde der Proteststreik in Rom, Mailand, Florenz und zahlreichen anderen Städten proklamiert. In Rom verkehrten weder Straßenbahn noch Droschken, auch sind keine Zeitungen erschienen und die Bauten sind verlassen worden. Ein starkes Truppenaufgebot ist nach Ancona abgegangen. Überall herrscht große Erbitterung. Infolge des Generalstreiks hat in Rom Montag seit den ersten Nachmittagsstunden der gesamte Tramway- und Droschkenverkehr ausgesetzt. Die Ruhe in der Stadt wurde bisher gewahrt. Die wichtigsten Gebäude wurden militärisch besetzt.

Die Lage in Ancona. Nach Schluß einer Protestversammlung, die Montag früh abgehalten wurde, durchzogen Scharen von Demonstranten die Straßen und begaben sich zum Gebäude der Stadtverwaltung, wo sie veranlaßten, daß eine Flagge halbmast gehißt wurde. Auf dem Rückwege trafen die Demonstranten auf einen Infanterieleutnant, den sie mißhandelten; der Offizier erlitt Kopfverletzungen, sein Säbel wurde zerbrochen. Auch ein Major der Bersaglieri wurde von den Manifestanten mißhandelt. Nachmittags ist im Krankenhaus ein junger Mann verstorben, der bei den Zusammenstößen Verletzungen erhalten hatte. Der königliche Kommissar hat einen Erlaß an die Bevölkerung gerichtet, in dem er das lebhafteste Bedauern der Regierung über die Opfer des Zusammenstoßes zum Ausdruck bringt, eine strenge Untersuchung der Angelegenheit zusagt und zur Ruhe ermahnt.

Balkan.

Die Situation in Albanien ist noch immer sehr verwickelt. Die Regierung bemüht sich jetzt, zwischen den Aufständischen Zwietracht zu stiften und wenigstens einen Teil von ihnen zu sich hinüberzuziehen. Sie hat aber mit diesen Bemühungen bisher keinerlei Erfolg gehabt. Die Abneigung gegen den Fürsten Wilhelm und das Verlangen, daß er Albanien verlassen sollte, ist allgemein. Die Beziehungen zwischen den hier weilenden italienischen und österreichischen Offizieren sind sehr gespannt. Montag hat Fürst Wilhelm den österreichischen Hauptmann Freiherrn v. Klingspor in Audienz empfangen.

Am Sonntag hatte der italienische Gesandte eine Besprechung mit dem Fürsten Wilhelm und den Ministern, die anerkannten, daß der holländische Oberst falsch gehandelt habe, und versprachen, volle Genugtuung zu geben. Der italienische Gesandte bestand auch auf der Prüfung der Papiere. Diese wurde seitens einer gemischten Kommission vorgenommen, weil der Gesandte die Haltlosigkeit der Anklage beweisen will. Unabhängig von der Genugtuung, die für die Verletzung der Kapitulationen geschuldet wird, heißt es, daß die holländischen Offiziere, besonders Oberst Thamsen, der albanischen Regierung den Gehorsam verweigern, weil sie ihr Amt aus dem Mandat der Mächte herleiten, wie es auf der Londoner Konferenz beschlossen ist.

Die albanische Regierung hat an den italienischen Gesandten ein offizielles Schreiben gerichtet, worin sie die bereits abgegebenen Versicherungen wiederholt, daß sie Italien für die Verhaftung des Obersten Muricchio Genugtuung geben wolle. Sobald die Kommission, die die Papiere prüft, die Schuldlosigkeit Muricchios festgestellt hat, wird die albanische Regierung die holländische Regierung um Ersetzung der für den Vorfall verantwortlichen Offiziere ersuchen.

Wenn so der gute Wilhelm wenig Grund zur Frohlichkeit hat, so ist seine Regierung doch bemüht, nach außen hin durch folgende unkontrollierbare Meldungen einen gewissen Eindruck zu machen: Wie aus Elbasan gemeldet wird, hat eine Gendarmerieabteilung die Aufständischen nach heftigem Kampfe aus dem Dorfe Bradaschesh vertrieben. (?) Eine große Anzahl von Freiwilligen hat sich den Gendarmen, welche gegen Tirana vorgehen, angeschlossen. Nach einer Wiener Meldung aus Durazzo sollen die Aufständischen bei Tirana von den Regierungstruppen angeblich geschlagen und zerstreut worden sein.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Dienstag, 9. Juni.

Die Bürgerschaft wählte in ihrer gestrigen Versammlung zunächst die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betr. Erweiterung der Feuerwache in der Gänsestraße; ihr gehört auch der Genosse Radde an. Der Wort-

führer widmete dann dem verstorbenen Senator Werling einen warmen Nachruf. Zu einer scharfen Kritik der sozialpolitischen Rückständigkeit des Konsulenten der Gewerbetammer gab der Senatsantrag auf Regelung der Anstellungsverhältnisse dieses Herrn dem Genossen Hoff Veranlassung. In der Frage der Errichtung einer Arbeiterkammer in Lübeck, der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsvermittlung usw. vertrat der Konsulent Anschauungen, die bei der Arbeiterschaft und sogar auch im fortgeschrittenen Bürgertum entschiedensten Widerspruch fanden. Deshalb hatte die sozialdemokratische Fraktion keinerlei Veranlassung, den Mann noch mehr als bisher an Lübeck zu fesseln, wie der Senatsantrag es will. Selbst die Erstklassigen haben anscheinend in der verschiedenen Stellungnahme des Konsulenten der Gewerbetammer ein Paar gefunden, denn sie betonten, daß es sich um dessen private Meinungen handle. Nichtsdestoweniger oder vielleicht gerade deswegen nahm die Bürgerchaft den Senatsantrag an.

An eine Kommission, der auch Genosse Möller angehört, verwiesen wurde die Senatsvorlage betr. Erbauung einer Schulmannswohnung in Ruffen nach dem Genosse Löwig darin enthaltene Unklarheiten bemängelt und vor allem von bürgerlicher Seite hervorgehoben war, daß man eine erhebliche Summe ersparen könne, wenn der Bau an anderer Stelle errichtet wird, als vorgesehen ist.

Zu einer langen Debatte gab der Kommissionsbericht über die Errichtung einer realgymnasialen Studienanstalt an der Ernestinenschule Veranlassung. Es handelte sich um eine Bildungsmöglichkeit der Angehörigen der besitzenden Klassen und da lief der Mund derjenigen über, die so schön schweigen können, wenn es sich um die Ausgestaltung der Volksschule handelt. Lübeck bietet auf dem Gebiete des höheren Schulwesens so viel, daß man sich hüten muß, hier ohne genügende Gründe weitere kostspielige Schritte zu unternehmen. Sehr pikant war es, daß der Vertreter der Oberschulbehörde, Herr Schulrat Wyhgramm in seiner Befürwortung der Senatsvorlage betonte, er glaube das meiste von dem nicht, was in den Zeitungen stehe, während ihm gleich darauf von Herrn A. Pape vorgehalten werden konnte, daß er bezeichnenderweise selbst viel für Zeitungen schreibe. Was wird man unter solchen Umständen von diesen Artikeln halten müssen? Schließlich wurde die Senatsvorlage vor knapp beschlußfähigem Hause mit geringer Mehrheit abgelehnt; dafür jedoch ein Ersuchen an den Senat angenommen, an der Ernestinenschule Kurse einzurichten, die begabten jungen Mädchen von hinreichender Gesundheit es ermöglichen, sich vor einer in Lübeck zu errichtenden Prüfungskommission ein realgymnasiales Reisezeugnis für die Universtität zu erwerben. Ob sich der Senat bei dieser Entscheidung der Bürgerchaft beruhigen wird, muß abgewartet werden.

Kurz vor 10½ Uhr war die Tagesordnung der Bürgerchaftsversammlung erledigt.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Mai beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 1 100 152,67 Mark, Wertzuwachssteuer 1 553,— Mark, Grundsteuer 263 820,69 Mark, Erbschaftsteuer einischl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 18 666,26 Mark, Veräußerungsabgabe 34 202,41 Mark, Stempelabgaben 6 950,30 Mark, Schiffsabgaben 49 564,08 Mark, zusammen 1 474 909,41 Mark gegen 1 279 665,79 Mark im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 195 243,62 Mark mehr. Vom 1. April bis Ende Mai gingen insgesamt 1 572 385,92 Mark ein gegen 1 394 245,59 Mark; mithin 1914 mehr 178 140,33 Mark.

Das Arbeiterportfest, welches das hiesige Arbeiter-Sportkartell am letzten Sonntag arrangiert hatte, nahm bei prächtigem Wetter einen vorzüglichen Verlauf. Kurz nach 1 Uhr versammelten sich die Teilnehmer in sehr stattlicher Anzahl auf dem Mühlenbrink. Um ½ 2 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung, voran die Radfahrer mit einem originellen Vorwärtspann, das ein rotbehaarter Radler an einer roten Leinwand lenkte. Dann folgten mit Trommeln und Pfeifern die Turner und Turnerinnen in ihrer schmucken Tracht. Den Schluß des Zuges bildeten die Naturfreunde, die zur Fither frühesten Lieber langen. Nach dem Eintreffen des Festzuges auf dem Festplatz bei Itzendorf entfaltete sich ein echt sportliches Leben. Die Turner zeigten zunächst gut vorgeführte körperbildende Freiübungen auf dem nördlichen Teil des Platzes, während auf der Südseite die Schüler und Schülerinnen der Turnvereine Schlagball, Faustball, Schläuderball und Gesellschaftsspiele mit ihren fürsorglichen Leitern ausführten und die Zuschauer angenehm unterhielten. Das Sechser-Turnier der Fußballspieler zwischen Harburg 1 und Lübeck 1 endete mit dem Resultat 3 : 3 unentschieden; das schöne, vollendete Spiel litt leider unter den nicht günstigen Bodenverhältnissen. Dem folgte ein Schlagballwettbewerb zwischen der freien Jugend und dem Turnverein Lübeck, welches mit dem Resultat 66 : 46 Punkten siegreich für die Turner endete. Ein Waldlauf für Schüler über 200 Meter wurde in 40 Sekunden durchlaufen; angetreten waren hierzu 38 Schüler. Zum 400-Meter-Waldlauf waren 26 Läufer gestartet. Die besten Läufer durchliefen die Strecke in einer Minute und 40 Sekunden. Den Schluß dieser rein sportlichen Veranstaltungen bildeten die mit Spannung erwarteten Stafettenläufe; von den Schülern waren 10 x 50 Meter zu durchlaufen und wurden die 500 Meter in einer Minute und 30 Sekunden geholt. Für die über 14 Jahre alten Sportler waren 6 x 100 Meter zu durchlaufen; die beste Zeit zeigten die Turner: 1 Minute 24 Sek., die Fußballspieler 1 Minute 30 Sekunden und die freie Jugend 1 Minute 35 Sekunden. Leider wurden die Stafettenläufer fallen gelassen. Im übrigen zeigte der Festplatz ein interessantes Bild. Hier lagerte eine Gruppe auf dem Rasen bei Gesang und Mandolin-Konzert, dort sah man volkstümliche Tänze, dann wieder Reckspiele der einzelnen Gruppen. Nachdem der Festzug seinen Einmarsch ins Gewerkschaftshaus gehalten hatte, führte der Arbeiteradler-Verein noch zwei gut gefahrene Reigen vor. Auch der Athletenklub zeigte drei beifällig aufgenommene Ringkampfgänge in 1., 2. und 3. Klasse. Außerdem erfreuten die Naturfreunde in abwechslungsreicher Reihenfolge nach den Klängen der Mandolin die Anwesenden durch die so anheimelnden volkstümlichen Tänze. Es ist zu hoffen, daß das diesjährige erste Sportfest dazu beitragen wird, daß die gesamte sporttreibende Arbeiterschaft Lübecks, so weit sie sich noch nicht in den Arbeiter-Sportvereinen betätigt, einsehen lernt, daß es notwendig ist, sich den Arbeiter-Sportverbänden anzuschließen. Denn nur dort wird Kraft und Gesundheit wirklich volkstämmlich gepflegt, was wiederum der Allgemeinheit zugute kommt.

Ueber den Rückgang der Fischei im Travegebiet werden schon seit Jahren lebhaft Klagen geführt. Ueber die Ursache hielt Gutsbeijher Conze-Sarhausen in der Gemeinnützigen Gesellschaft einen Vortrag. Er führte nach dem Berichte bürgerlicher Blätter den Rückgang auf die Zunahme des Verkehrs, namentlich des Dampferverkehrs, und die Verschlechterung des Travewassers durch die eingeführten, mit dem Waschen der Stadt zunehmenden Abwässer zurück. Man habe darum schon mehrfach die Trave oberhalb der Herrenbrücke mit Fischbrut, namentlich mit Meeresforellen, mit Erfolg besetzt. Im unteren Teil der Trave, unterhalb der Herrenbrücke, hat der Ertrag der Fischei in den letzten Jahren ganz bedeutend abgenommen. Der Sommerhering kommt gar nicht mehr und der Fang des Frühjahrsherings ist so gering, daß er keinen Gewinn mehr erzielt. Im Februar sind dort 500 000 Pfund Heringe im Werte von rund 80 000 Mark gestorben. Die Ursachen liegen, wie von Autoritäten auf diesem Gebiete durch Untersuchungen einwandfrei festgestellt worden ist, vor allem in den Abwässern des Hochofenwerks, die ungeklärt und ungereinigt mit ihren Giftstoffen in die Trave gelangen. Eine Ursache der Industrie an der Trave werde auch die Verunreinigung des Travewassers in einem solchen Maße vergrößern, daß ganz unhaltbare Zustände für die Fische und selbst für Menschen eintreten können. Es sei deshalb für die Travefischei wie für das Seebad Travemünde die Forderung anzustellen, daß die vorhandenen und die neu hinzukommenden Industrien ihre Abwässer vor dem Einlaß in die Trave klären müssen. Prof. Schiemenz habe festgestellt, daß der Sauerstoffgehalt des Wassers an der Herrenbrücke im Oktober v. J. nur 4 Prozent betrug. Dieser geringe Sauerstoffgehalt sei auf die Verunreinigung der Trave durch die städtischen Abwässer zurückzuführen, die ungeklärt und ohne jede Reinigung in die Trave geführt werden. Eine Veränderung dieser Verhältnisse werde Lübeck auf die Dauer nicht umgehen können und die Anlage von Abfanganlagen längs Trave und Kanal mit den nötigen Abfisch- und Kläranlagen beizugehen in Betracht ziehen müssen, um weitere Schäden und Erschwerungsstände zu vermeiden. In den jetzigen Erweiterungen der Untertrave, dem Dassower See und der Pötenitzer Bucht werden ebenfalls Klagen über den Rückgang der Fischei laut. Dieser sei auf gewisse Fischkrankheiten, z. B. die Furunkulose, zurückzuführen. Hier könne ein Neubefehl helfen.

Durch einen Unglücksfall kam am Sonnabend der Maurer Böcker aus Schlutup ums Leben. Er arbeitete in Rücknig, von wo er sich nach Schluß der Arbeitszeit zur Ueberfahrtsstelle begab. Dort ist er auf unaufgeklärte Weise ins Wasser gefallen und ertrunken. Im Rücknig hatte er etwas Abfallholz, das ihn eine kurze Zeit über Wasser hielt. Der Bedauernswerte konnte leider nur als Leiche geborgen werden.

Retung aus Seenot. Der Schoner „Spera“ aus Rödowig, Kapitän M. Nielsen, auf der Reise von Kalmars nach Lübeck, nahm in der Ostsee einen deutschen Kapitän auf, der acht Stunden lang auf einem Wrackstück herumgetrieben war. Der Kapitän gehörte einem Schiffe an, das auf der Reise von Faxe nach Rosloek gesunken war und dessen Besatzung ertrunken ist. Der gesunkene Schoner war in Westerbauertsehn beheimatet.

Muppige Gejellen lernten in der vergangenen Nacht beim Wirt Fischbacher in der „Deutschen Eiche“ ein und stritten sich darum, wer die Runde bezahlen sollte. Als der Wirt sie zur Ruhe verwies, markierte der eine gleich den starken Mann und wurde handgreiflich. Ein Wort gab das andere und statt Geld gab es ein wirres Durcheinander, bei dem die vier sich „Arbeiter“ schimpfenden Männer eine Unmasse Gläser zerbrachen, einen Aufschal zertrümmerten und den Zapfhahn beschädigten. Ein Glas war dem Kopf des Wirtes gewidmet, floß aber durch das Küchenfenster. Auch ein Gast, der vorher die Leute auf ihr unpassendes Verhalten aufmerksam machte, bekam die Faust zu spüren. Als sich der Wirt vor arößerem Schaden bewahren wollte und zur Sicherung den Revolver herunter holte, hatten die Zerstörer die Wirtschaft verlassen. Auf der Straße bedrohten sie den Wirt wieder, der 6 Schüsse abgab, um sie in Furcht zu jagen und zu vertreiben. Die Polizei kam mit Auto an, doch waren die Leute währenddessen verschwunden. Sie sind der Polizei aber bekannt. Der angerichtete Schaden wird auf 40 Mark geschätzt.

Handelsregister. Am 8. Juni 1914 ist eingetragen die Firma Flugzeugwerk Lübeck-Travemünde Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Lübeck-Travemünde. Gegenstand des Unternehmens: Die Errichtung und Führung einer Flugzeugwerk, der Betrieb einer Flieger- und eines Flugplatzes, der Flugzeugfabrikation und aller anderen damit zusammenhängenden Unternehmungen, sowie die Pachtung und der Erwerb von Grundstücken, deren Bauung und Verwertung, endlich der Erwerb und die Beteiligung an gleichartigen Unternehmen und die Uebernahme der Vertretung solcher Unternehmen. Stammkapital: 200 000 Mark. Geschäftsführer: Grisch, G. B., Ingenieur, Gut, R. M., Ingenieur, beide zu Lübeck-Travemünde. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Mai 1914 festgestellt. Die Vertretung der Gesellschaft geschieht durch einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind 2 Geschäftsführer oder Prokuristen bestellt, erfolgt die Vertretung durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinsam. Der Gesellschaft „Deutsche Flugzeugwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lindenthal bei Leipzig“ hat in Uebersetzung auf seine Stammeinlage drei von ihm hergestellte Flugapparate neuesten Modells samt Zubehör zum angenommenen Wert von 75 000 Mark eingebracht. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

b. Schöffengericht am 9. Juni. Ungetreuer Reisender. Mit 7 Mk. Tageslohn und 180 Mk. Monatsgehalt war der Reisende M. bei einer hiesigen Firma angestellt, die ihm auch das Vertrauen schenkte, Beträge einzukassieren. Dieses mißbrauchte der verheiratete Mann, der im Laufe eines halben Jahres über 880 Mk. in die eigene Tasche stecken ließ. Sie lagen aber nur lose in der Tasche und sollen größtenteils für flottes Leben ausgegeben worden sein. Der Angeklagte wird wegen Unterschlagung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen der Höhe der Strafe wurde sofort ein Haftbefehl erlassen. — Ein „Kapitalist“ als Bettler. Der „Arbeiter“ M. ging festlich, obwohl er noch einen Barbestand von 170 Mk. besaß. Auf Vorhalt kommt er heute schließlich selbst zur Erkenntnis, daß es ein freventlich Beginnen war, der Menschheit etwas Unwahres vorzumammern, wo die schreckliche Zeit des Aufstiegs noch vor ihm lag. Das Gericht sah deshalb den Fall als sehr schwer an. Nach der Höchststrafe von 6 Wochen Haft nimmt ihn die Korrekionsanstalt auf, da es sich um einen rückfälligen Speckjäger handelt, der entweder ohne Not gebettelt oder das vorgeschundene Kapital schon zusammengedackelt hatte. — Kann der Mensch sein eigenes Geld unterschlagen? Ein Wirt bewachte das Geld der Mieter und die eigene Miets im Spind an verschiedenen Stellen auf. Da im Hause die Mittel knapp wurden, verwendete die Frau ein Teil der Gelder zum Leben, weshalb beim Vorprechen des Hauswirts, eines Schwagers, nicht alles ausbezahlt

werden konnte. Mit dem ändern Teil würden Rechnungen für den Hausbesitzer bezahlt. Es fehlten etwa 70 Mark, in der Hauptsache eigenes, extra für die Miets zurückgelegtes Geld. Die Unterschlagung soll durch diese rechtswidrige Zueignung begangen sein, wofür der Staatsanwaltschaftsvertreter 10 Tage Gefängnis beantragt. Das Gericht kam zum Freispruch, nicht etwa, weil die Angeklagte als unschuldig betrachtet werde, sondern weil es nach der Zivilrechtlichen Seite zweifelhaft sei, ob bereits eine rechtsgültige Eigentumsübertragung stattgefunden habe. Der Unterschied von fremdem und eigenem Geld sei durch das Wegnehmen und wieder Hineinstecken der Angeklagten nicht recht klar gewesen.

bp. Eigentumsvergehen. Aus einer am Flughafen liegenden Schute sind in der Nacht vom 7. zum 8. Juni gestohlen worden: 1 Oberbett mit rotgestreiftem Inlett und hellem Bezug, 1 Kopfkissen mit rotem Inlett ohne Bezug, 1 Schlafdecke mit eingestickten roten Blumen und der Aufschrift: „Gute Nacht“, 1 rotgestreiftes Handtuch, 1 Paar neue graue Strümpfe und verschiedene Lebensmittel. — In der Nacht vom 5. zum 6. Juni sind aus dem Garten eines Landmannes in Röpwendorf-Bülow folgende Wäschestücke gestohlen worden: 9 weiße Herrenhemden, gez. „F. S.“ und „G. S.“, 8 weiße gestreifte Bettbezüge, 4 grobe Bettlaken, gez. „L. L.“ und „F. S.“, 3 Paraden-Damenhemden, 1 weißes Damenhemd und 2 wollene Unterröcke.

Sansjommertheater. Man schreibt uns: Mittwoch wird die mit großem Erfolg gegebene Komödie von Otto Ernst „Flaschmann als Erzieher“ mit Direktor Albert in der Titelrolle wiederholt. Donnerstag ist das „Farmorndchen“ zum 6. Male. Freitag findet die Aufführung des bekanntesten Schauspielers von Max Dreyer „Die Siebzehnjährigen“ statt. Die Vorbereitungen zu der neuesten Operette von Kolko „Der Turbaron“ sind in vollem Gange. Diese wird neu ausgestattet und nach Berliner Vorbild in Szene gehen. Die einschmeichelnden Melodien sind auch schon bis hierher gekommen z. B. „Kleine Mädchen müssen schlafen gehn“, „Wenn ein Mädchen einen Herrn hat“, „Bubi, mein süßer Bubi“, „Wenn die Frühlingsglocken läuten Klinglingling“ usw., sodas endlich einmal die Zeiten vom „Zimzauber“ wiederkehren werden.

w. Molk. Die Polizei gibt bekannt, daß die öffentliche Impfung der Kinder aus der Stadt Molln am Mittwoch, 10. Juni, im Kolosseum stattfindet und zwar für Erstimpflinge vormittags 11½ Uhr, für Wiederimpflinge nachmittags 2½ Uhr. Die Nachschautermine werden in den Impfterminen bekanntgegeben. — Parteigenossen! Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Mittwoch, 19. Juni, bei Borrath statt. Im Interesse der Partei liegt es, daß die Versammlung zahlreich besucht wird, deshalb fehle niemand.

Grebedmühlen. Seinen Leichtsinn mit dem Tode geküßt. Der Necht Rosenthal, der beim Erbpächter Jakob in Norin im Dienst stand, erkletterte am Sonnabend einen Mast der elektrischen Hochspannungseitung, um, wie er zu seinen Mitnehmern sagte, zu sehen, „ob alles in Ordnung sei“. Er kam dabei dem Draht zu nahe und wurde auf der Stelle vom elektrischen Strom getötet.

Hamburg. Der Hamburger Bergnügungsdampfer „Victoria Luise“ auf Grund geraten. In den frühen Morgenstunden des Montag hatte bei der Werft von Blohm u. Böh der Bergnügungsdampfer „Victoria Luise“ einen Unfall, über den in Extrablättern übertriebene Sensationsmeldungen verbreitet wurden. Der frühere Schnell-dampfer, der als solcher den Namen „Deutschland“ führte, sollte für eine Nordlandreise fertiggestellt werden, nachdem er von einer Bergnügungsreise zwischen Westindien und Newyork zurückgekehrt war. Als Ebbe eintrat, wurde er unter einen Ponton gedrückt und bei steigender Flut drang durch die unverstärkten „Bullaugen“ das Wasser in das Schiff, so daß es sich auf die Seite legte. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt folgendes mit: Der Dampfer geriet in der vorvergangenen Nacht, nachdem er aus dem Schwimmdock der Werft von Blohm u. Böh geholt und am Steinwärdter Ufer verladen worden war, dort bei Niedrigwasser auf Grund. Bei steigendem Wasser ist das Schiff anscheinend nicht glatt hoch gekommen und hat Schlagsseite angesetzt. Durch das Reizen der Leinen, mit denen der Dampfer am Ufer befestigt war, wurde die seitliche Neigung noch verstärkt, und es drang infolge dessen Wasser in offenstehende Fenster ein, das einen Teil des Maschinenraumes und andere Räume überflutete. Das Eindringen des Wassers geschah in verhältnismäßig kurzer Zeit, so daß Vorbeugungsmaßnahmen nicht mehr ergriffen werden konnten. Durch sofort in die Wege geleitete energische Maßnahmen gelang es indessen, das Schiff alsbald wieder etwas aufzurichten und es ist zu erwarten, daß das Wasser alsbald völlig ausgepumpt sein wird. In den Dispositionen über die Verwendung des Schiffes ist eine Wendung nicht notwendig. — Feuersbrunst in Langenhorn. Ein großes Feuer brach in der Nacht zum Montag bald nach 12½ Uhr das in Langenhorn an der Tangstedter Landstraße 14 gelegene von einer Familie bewohnte Bauernhaus des Malers Dorwat völlig ein. In dem Haus schloßen zwischen 50 und 60 polnische Arbeiter, die durch den Ausbruch des Brandes, der auf Unvorsichtigkeit eines Bewohners zurückgeführt wird, aus dem Schlafe geschreckt, nur mit dem Notdürftigsten bekleidet, ins Freie eilen mußten. Binnen weniger Minuten stand das Haus von oben bis unten in Flammen, so daß von dem Inventar nichts gerettet werden konnte. Mit den Mobilien sind auch vier Schweine verbrannt. Zwei Polen und eine Frau erlitten bei der Flucht aus dem brennenden Hause Brandwunden. Ein Pole, der besonders erhebliche Brandwunden im Rücken und an den Füßen erlitten hatte, mußte ins Eppendorfer Krankenhaus transportiert werden. Das Haus ist bis auf den Grund niedergebrannt.

Prech. Zwei Personen ertrunken. Der Buchhalter Garm von Kiel, der auf dem Kirchsee bei Preech mit einem Dienstmädchen eine Bootfahrt unternahm, verunglückte mit seiner Begleiterin. Beide sind ertrunken.

Literarisches.

Tarifverträge des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vom Jahre 1913. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. 388 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Preis broschiert 2 Mk.; gebunden 2,50 Mk.

Die Lage der Arbeiter im Drechslergewerbe. Ergebnisse einer statistischen Erhebung vom November 1912. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Preis 1 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

D. T. V.
Vorstands - Sitzung
am Mittwoch, dem 10. Juni
abends 8 1/2 Uhr.
4528) Der Vorstand.

Anna Helms
Heinrich Sinnig
Verlobte.

Pflingsten 1914. (4537)
Für die erwiesene Aufmerksamkeit
anlässlich unserer Hochzeit, sowie
dem Gefangenen Verein Einigkeit Schluß
unser herzlichsten Dank. (4544)

Otto Langpaap und Frau.
Für die vielen Gratulationen und
Geschenke zu unserer silbernen Hoch-
zeit sagen wir allen Verwandten
und Bekannten unsern herzlichsten
Dank. (4547)

Otto Lissack und Frau.
Nach kurzem schweren Leiden ent-
schied am Montag morgen unser
lieber Sohn und Bruder

Heinrich Lau
im 15. Lebensjahre.

Tief betrauert von seinen Eltern
und Geschwistern nebst Angehörigen
Heinr. Lau u. Frau
geb. Schwarz.

Die Trauerfeier beginnt am
Donnerstag 2 1/4 Uhr in der Kapelle
Borwarfer Friedhof. (4555)

Am Sonnabend nach mitrole
Angriffsalles unser treuer Kollege
und Mitarbeiter, der Maurer

Rudolf Völker
4543) aus Schlutup.
Chre seinem Andenken!

Seine Mitarbeiter des Unter-
nehmers Peterson, Dummerdorf.

Dankagung.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, die meiner lieben Frau
die letzte Ehre erwiesen und ihren
Sarg mit Blumen schmückten,
meinen herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
Heinrich Kahl und Kinder.

Gesucht ein ordentl. Schulfachlehrer
von 12-13 Jahren bei einem 2jähr.
Kinde. Nähe Burgtor. Angebote
unter Z A an die Exp. d. Bl. (4541)

Gesucht zum 1. Oktober eine
Wohnung von ruhigen Leuten.
Hollentor-Süd bodor. Angeb. mit
Preis unt. B B an die Exp. d. Bl.

Zwei-Zimmer-Wohnung
z. I. Juli von kinderl. Ehepaar gel.
J. Schröder, Devenau 19. part.

Guterhalt. Sitz- u. Liegewagen
zu verkaufen. Preis 6 bis 7 Mk.
4530) Hürstraße 90, II. im Flügel.

Eine Markise u. Gas-Lampen
zu verkaufen. Zu erfragen
4524) Böttcherstraße 9.

Eine kl. fast neue Tafelwagen
zu verkaufen.
4533) Schönkambstraße 3a, part.

Phonograph u. 1 Kanarienhahn
billig zu verkaufen.
4534) Marienstraße 49a, I.

Ein Paar neue Stiefel
Größe 39, weil verpaßt billig zu
verkaufen. (4527) Mittelstr. 9a, v.

4 moderne Polsterstühle
(grüner Nüch) zu verkaufen.
4528) Bakenhauer 3. II. links.

Eine zweischlägige Bettstelle mit
neuer Sprungfeder-Matratze und
zweitüriger zerlegbarer Kleider-
schrank wegen Umzug billig zu ver-
kaufen. (4535) Fischerstraße 23, III.

Gangbade zu verk. Käufer hat
freie Drei-Zimmer-Wohn. Anzahl.
450 Mk. Näh. Bercevalstr. 19, pt.

lange holländische Kaniechen
zu verkauf. Solide Preise. Kleine
Kasse. (4542) Amstör 46, part.

Für die Heidenstr. habe 4 Mark
von den fideles Sängern erhalten.
30. Mai 1914. (4535) W. Dierk.

Gesucht ein kleines Kind
in Pflege zu nehmen. (4525)
Frz. Johannes, Rahlhorstr. 2.

Empfehle mich zur Ansetzung. J. J. J.
Frz. u. Lindenberg
4526) Bellerstraße 73.

Vorwärts Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erweckt Ein Roman aus dem
Proletariatsleben von H. Ger

Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch
Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Verflorenes Volk von R. Grösch.

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848
von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang

Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky

Mutter Ein Frauenhiksal von Joh. Fersch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark

Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre
für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Hand- und Hausbibliothek

erhalten die Abonnenten von „Welt und Wissen“
vollständig gratis

und zwar nach Bezug eines Jahrganges, resp. 52 Hefen, 3 illustr.
Berte im Umfange von zusammen 430 Seiten. — „Welt u. Wissen“
erscheint wöchentlich im Umfange von 24 Seiten, reich illustr., und
bringt höchst interessante Abhandlungen aus all. Wissens-
gebieten zum Preise von nur 15 Pf. für das Hest.



Den Bestellzettel erhalten wir ausgefüllt an unsere Expedition oder durch unsere Boten.

Bestellschein
für die Abonnenten des
„Lübecker Volksboten“.

An die
Buchhandlung F. Meyer & Co.
Lübeck, Johannisstraße 46.

Sich abonnieren hiermit auf
„Welt und Wissen“
à 15 Pf. pro Hest.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

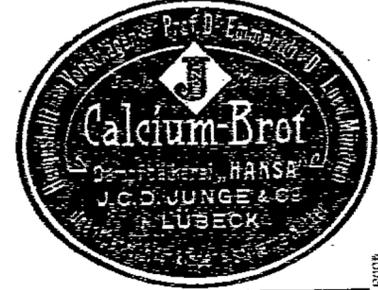
Verloren v. einem Kinde von der
Stitenstr., Ludwigstr. b.
Geverdesstr. ein Portemonnaie mit
7.95 Mk. Inh. Der ehrl. Finder
wird gebeten dasf. geg. Belohnung
abzugeben. (4534) Stitenstr. 7.

Verloren ein Portemonnaie mit
35-40 Mk. Inhalt.
Gegen Belohnung abzugeben
4532) Große Burgstraße 21.

Verloren eine Damennhr auf der
Wiese hinter der Forst-
halle oder in deren Nähe. (4529)
Abzug geg. Belohn. Weithofstr. 58, I.

Wer hilft kinderr. Familie mit
500 Mk. zwecks Anzählung eines
Haufes. Angebote erbeten unter
B D an die Exped. diei. Bl. (4531)

**Lbg. Eierkartoffeln, blaue
franz. u. gelbk. magn. bon.**
empfehle billigst
Wüh. Säfte, Warenborfstr. 25.
Fernsprecher 8822. (4550)



Empfehle prima gefalzenes
Kopf und Bein
Bünd 20 Pf. (4515)

H. Schmalfield
Reiferstraße 26.

4533) Kaufe jeden Posten
angeschnittes Haar.
Herm. Kleinmann,
Ludwigstr. 33 u. Untertur 20, II.

Kränze
Buketts u. Girlanden
127) feheri billigst

Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Markt und
Börnerstraße 16 a, Halbschloß.
Fernsprecher 113.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickestr. 44
empfehle alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (126)

Goethes Werke
3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München 9 9 Zeitschrift für Humor und Kunst
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.- 9

Abonnement bei allen Buchhandlungen und
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-
nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,
Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Aus-
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter
zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Schulschreibhefte
mit den neuen Signaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen.
Morgen Mittwoch: Großes Tanzkränzchen.

Achtung!
Mitglieder der Neuen Ge-
sellschaft für Entf. u. Umg.

Diejenigen Mitglieder, welche ge-
müt sind, ihren Bedarf an Briefzetteln
einzukaufen, werden ersucht, ihre
Bestellung bis spätestens den 1. Juli
im Geschäft aufzugeben.
4899) Der Vorstand.

Moisling.
Die Mitglieder-Versammlung der
Sozialdemokratischen Frauen am
Mittwoch, dem 10. Juni, fällt aus.
4532) Der Vorstand.

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.

Baudelegierten - Sitzung
am Mittwoch, dem 10. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
Das Resultat der Organisations-
zugehörigkeit auf den Baustellen.
Es ist unbedingt notwendig, daß
jeder Bau vertreten ist.
4551) Der Vorstand.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 10. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Unser Sommervergnügen.
4. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen
ersucht
4553) Die Ortsverwaltung.

Versammlung
am Mittwoch,
dem 10. Juni 1914
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Stadthallen-Sommertheater.
Dienstag, den 9. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Novität! Novität!
Größer Operettenlager!

Hoheit - der Franz.
Operette von Robert Winterberg
Mittwoch, den 10. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Wiederholung der erfolgreichen
Operette:

Hoheit - der Franz.
Von Robert Winterberg.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung Otto Borchert,
Musikalienhandlg. F. W. Kaibel,
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu allen Vor-
stellungen Gültigkeit. (4540)

Sommertheater
in Fritz Rittschers Hansatheater.
Dir. Ernst Albert.

Heute Dienstag, den 9. Juni:
Fräulein Trallala.
Mittwoch, den 10. Juni:
Flachsmann als Erzieher.

Flachsmann — Dir. Ernst Albert.
Donnerstag, den 11. Juni:
Die beste Farnische Operette
Das Farmermädchen.
Gauptrolle — der Gelbentener
Pool Björnskjöld.

Freitag, den 12. Juni:
Das spannende Schauspiel v. Dreger
Die Siebzehnjährigen.
In Vorbereitung der neueste
Operettenchlag von Kollo:
Der Juxbaron.
Anfang stets 8 1/4 Uhr. (4545)

Wer Soldatenmißhandlungen erlebt hat . . .

Wer einmal während seiner Dienstzeit Soldatenmißhandlungen erlebt hat, wer sie selbst erduldet hat oder mit ansehen mußte, wie Söhne des Volkes durch harten Drill, durch Quälereien aller Art gepeinigt wurden, der weiß, wie notwendig die rücksichtslose Kritik ist, die die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit an dem heutigen Militärwesen übt. War es nicht die unbarmherzige Kritik Webers im Reichstag, die in den 90er Jahren eine merkliche Abnahme der Mißhandlungen in der Kaserne bewirkt hat? Ist es nicht die Angst vor der Sozialdemokratie und ihrer öffentlichen Kritik in Wort und Schrift, in den Parlamenten, in der Presse, in den Versammlungen, die dahin geführt hat, daß auf die Mißstände im Heere mehr acht gegeben und ihnen eini-germaßen entgegen gewirkt wird?

Aber gerade diese aufklärende, aufrüttelnde Kritik der Sozialdemokratie am Militarismus wird den Herrschenden immer unheimlicher. Bei der allgemeinen Zuspitzung der Klassengefühle, dem rauhen Kampf, der auf allen Gebieten tobt, ist bei den Vertretern der herrschenden heutigen Gesellschaftsordnung der Glaube an sich selbst längst geschwunden. Die brutale Gewalt der Bajonette ist für sie zur „ultima ratio“, zum letzten Rettungsanker geworden, an den sie sich halten, und mit dessen Hilfe sie sich vor dem unaufhaltsam herannahenden Weltgericht der Geschichte zu schützen wähnen. Zugleich müssen sie aber wahrnehmen, wie das „Volk in Waffen“, das diese Bajonette führt, immer mehr und mehr durch die Sozialdemokratie aus einem blinden Werkzeug der Herrschenden zum denkenden Volk erzogen wird, wie immer mehr der letzte Schimmer des Prestige schwindet, womit der Moloch ehemals unaufgeklärte Massen noch fasziniert haben mag.

Die Kritik der Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu ersticken, seinen Kritikern den Mund gewaltsam zu verschließen, dies ist das neueste Unterfangen, auf das der Moloch in seinen krampfhaften Zudungen verfallen ist. Schon im vorigen Jahre beschritt die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf diesen Weg, als sie die Broschüre: „Der moderne Militarismus — ein Segen oder ein Unglück für das Volk?“ beschlagnahmte und den Genossen Limberg wegen Verächtlichmachung von Staats-einrichtungen verfolgte. Das Urteil entsprach damals nicht dem Wunsch der Staatsanwaltschaft. Dann zeigte der Frankfurter Prozeß gegen die Genossin Luxemburg, mit welchen Mitteln der „Lebensnerve“ des modernen Klassenstaats geschützt werden soll. Aber alles was auf diesem Gebiete bisher erlebt ist, wird übertroffen durch den neuen Prozeß, der der Genossin Luxemburg jetzt vor der Strafkammer in Berlin gemacht ist und durch die gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ eingeleiteten Prozesse.

Die Genossin Luxemburg hat in einer Rede in Freiburg die allgemein bekannte Tatsache festgestellt, daß die Kasernendramen in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Nicht mehr und nicht weniger. Und nun führt sich der Kriegsminister v. Falkenhayn im Namen sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere des preussischen Heeres „beleidigt“, und der Staatsanwalt, der diese Beleidigung in seine mitfühlende Brust geschlossen hat,

klagt sie an. Der „Vorwärts“ veröffentlichte ein einem bekannten Lied nachgebildetes Soldatenlied, das der traurigen, bitteren Stimmung eines seines Lieb gedenden Soldaten Ausdruck gibt. Das kann der Militarismus nicht mehr ertragen. Der „Vorwärts“ gibt den Soldatenbrief wieder, den das Mannheimer Parteiblatt vor kurzem veröffentlicht hat, und bezeichnet das Erlebnis des jungen Soldaten als typisch für das Kasernenleben.

Wieder fühlt sich der Militarismus in seinem Lebensnerv getroffen. Man muß sich förmlich an den Kopf fassen, um diese ungeheuerlichen Prozesse für möglich zu halten. Es vergeht beinahe kein Tag, ohne daß die Zeitungen Soldatenmißhandlungen melden. Unzählige Male ist das Kapitel der Soldatenmißhandlungen als einer im System des heutigen Militarismus liegenden ständigen Erscheinung von Abgeordneten im Reichstag, von sozialdemokratischen Rednern in Volkssammlungen, von Parteiblättern in Artikeln und Notizen beleuchtet worden. Gerade in den letzten Monaten ist die Deffentlichkeit wiederholt durch Berichte über Schreckens-taten in den Kasernen aufs tiefste erregt. Und jetzt in dieser Zeit verfällt die hohe Obrigkeit auf die Idee, sich „beleidigt“ zu fühlen, auf den Versuch, der öffentlichen Kritik an den Soldatenmißhandlungen mit gerichtlichen Strafandrohungen den Mund zu knebeln! Fürwahr, wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Es heißt aber in der Tat die Götter versuchen, wenn man sich mit einem so üppigen Sündenregister, wie es unser Militärwesen nun einmal hat, an das Licht der Deffentlichkeit, vor die Gerichtsschranke wagt.

Die Prozesse kennzeichnen sich von Anfang an als politische Tendenzprozesse. Es ist der verhasste politische Gegner, es ist die vernichtende Kritik der Sozialdemokratie, die hier zur Strecke gebracht werden soll. Die Prozesse leiten deutlich einen neuen Kurs ein, den Kurs systematischer Verfolgungen der Sozialdemokratie durch den Militarismus.

Damit ist schon gesagt, daß die Prozesse durchge-jochten werden mit aller Energie und mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen. Und dieser Mittel sind wahrlich nicht wenige. Der Militarismus will das Gericht zur politischen Kampfarena gestalten, nun wohl, wir nehmen den Kampf auf. Nicht darum handelt es sich jetzt, von einigen sozialdemokratischen „Sündern“ die Strafe abzuwehren. Opfer gehören zum Kampf, zumal in der jetzigen Zeit der rauhen Winde und scharfen Kämpfe, und jeder Sozialdemokrat trägt stolz und freudig die Opfer, die ihm für die allgemeine Sache auferlegt werden. Es handelt sich darum, das Lebenselement der Sozialdemokratie, das höchste Gut des öffentlichen Lebens und die Gewähr jedes Fortschritts: das Recht der öffentlichen Kritik in Deutschland zu verteidigen. Es handelt sich ferner darum, in die Dunkelkammer des Militarismus hineinzuleuchten, die Soldatenmißhandlungen in ihrem ganzen Umfang vor das Licht der Deffentlichkeit zu ziehen, da dies bislang doch das einzige wirksame Mittel war, um dem System der heutigen Kasernenerziehung einigermassen den Zaum anzulegen und das traurige Dasein zahlreicher Soldaten ein wenig zu erleichtern.

Der beleidigte Kriegsminister mit seinen Offizieren und Unteroffizieren sollen also in den jetzt einge-

leiteten Prozessen reichlich zu ihrem Recht kommen. Damit dies aber in möglichst weitem Maße geschieht, ist die energische Mitwirkung breiter Volksschichten erforderlich. Viele der vor den Militärgerichten vernommenen Zeugen haben inzwischen ihren Aufenthalt gewechselt. An alle ehemaligen Soldaten, deren Mißhandlungen Gegenstand einer militärisch gerichtlichen Verhandlung gewesen, ergeht deshalb die Aufforderung, unverzüglich ihre letzten Adressen der Redaktion unseres Blattes mitzuteilen. Ebenso müssen die Opfer und Zeugen von Mißhandlungen, die nicht zur militärischen Aburteilung gekommen sind, sich bei unserer Redaktion melden. Auch diese Prozesse sollen den Beweis liefern, daß jeder Streich, zu dem der heutige Staat gegen das kämpfende Proletariat ausholt, mit verdoppelter Kraft auf den Urheber selbst zurückfällt.

Aus der Partei.

Der Wahlrechtskampf der belgischen Arbeiterpartei. Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei erläßt einen Aufruf zur Arbeit für die Verfassungsrevision, dem wir folgende Sätze entnehmen: Die Wahlen von 1914 sind beendet. Sie waren für den Sozialismus und die Sache der Verfassungsrevision ein glänzender Erfolg. Die Arbeiterpartei hat 56 000 Stimmen gewonnen und die sozialdemokratische Kammergruppe zählt von jetzt ab 40 Abgeordnete. Es ist nun erforderlich, daß der Kampf um die Verfassung beginnt. Am 12. März 1913 hat der Ministerpräsident de Broqueville erklärt, daß zwei wesentliche Gründe die Regierung verhindern — sei es direkt, sei es indirekt — den Weg der Verfassungsreform zu beschreiten: die Drohung mit dem Generalfreik und die Tatsache, daß die Majorität, welche am 2. Juli gewählt wurde, sich gegen die Revision ausgesprochen hat. Von beiden Argumenten besteht das erste nicht mehr. Der Generalfreik hat stattgefunden. Er war friedlich und gewaltig. Er ist beendet worden durch die einstimmige Annahme der Tagesordnung Mason. In einer Zeit vollkommener Ruhe erhebt sich von neuem das Problem der Revision. In bezug auf das andere Argument hat der Ministerpräsident selbst, indem er sich auf die ablehnende oder sogenannt ablehnende Haltung der Wählerschaft berief, in den klarsten Ausdrücken dargelegt, unter welchen Bedingungen dieses zweite Argument fallen könne: wenn die Wählerschaft sich für die Verfassungsrevision ausgesprochen hat, so wird das für eine lokale Regierung ein kostbarer Fingerzeig sein. Diesen Fingerzeig haben die Wähler am 24. Mai in der unzweifelhaftesten Weise gegeben. Es ergibt sich, wenn man die Wahlergebnisse von 1912 und 1914 zusammenschaut, daß die drei Parteien der Opposition, welche in ihren Wahlprogrammen das allgemeine Stimmrecht fordern, im ganzen 1 327 887 Stimmen gegen 1 321 848 Stimmen der Regierungskandidaten erhalten haben. Das ist nicht nur allein die wirkliche Majorität im Lande, es ist die gesetzliche Majorität, die Majorität des Pluralwahlrechtes, welches die Herrschaft des Pluralwahlrechtes verwirft. Und noch mehr: unter den Wählern der Regierungsminderheit sind Tausende, die für politische Gleichheit und die Verfassungsrevision sind. Unter diesen Umständen wird es von dem Willen und der Latkraft der Arbeiterklasse abhängen, daß die Wahlen von 1916 Wahlen sein für die Verfassung und ihre Revision. An's Wert denn, damit es so werde! Es wird im Jahre 1916 fünfzig Jahre sein, daß die Arbeiter Belgiens zum ersten Male die politische Gleichberechtigung forderten. Das Jahr 1914 muß für das belgische Proletariat das große Jahr werden, das Jahr, wo es die Frucht unermüdlischer und heldenhafter Anstrengungen erntet. Dazu ist es notwendig, daß unsere Anstrengungen sich erhöhen. Am zweiten Dienstag des kommenden November werden die

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(12. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Es war in diesem Engagement ein Zug, der zu ihrer sonstigen Psychologie nicht stimmen wollte. Die Unbefangenheit konnte Berechnung sein, war es sogar wahrscheinlich, eine Art, ihn warm zu machen, die ihren Zweck vortrefflich erreicht hatte; sie konnte aber nur ein Ubergang sein, konnte nur für den Anfang berechnet sein, wenn sie einen erotischen Sinn haben sollte. Lorenz Asmusen aber blieb und war für die Dauer. Es war nicht möglich, das Gespinnst dieses jungen Weibes zu durchschauen. Axel konnte nun einmal nicht an ihre Unschuld glauben. Es war ja gegen alle Natur, daß ein Weib von dieser blanken Sinnlichkeit und aus dem Schoße der Frau Engelbrecht unerschuldigt sein sollte. In ihre Handlung aber kam nur Vernunft, wenn sie wirklich den Willen zur Unschuld hatte. Wie konnte er bei Lorenz Asmusen Eingang finden? Am Vormittag war es dort sehr belebt. Dann erschienen Kaufleute, die mit der Landwirtschafft zusammenhängen, Agenten, die in Bauernhöfen spezialisierten, Schweinehändler, die Nachrichten vom Lande haben wollten; dann wurde die sogenannte „Börse“ abgehalten und Axel konnte durchaus einmal vorprechen und ein Glas Portwein trinken. Wenn nicht anders, konnte er sich ein Geschäft erlegen, das die Besuche noch besonders motivierte; er konnte nach Arbeitspferden für die Werft Umschau halten oder etwas Ähnliches tun. Aber damit war nichts gewonnen. In diesen Stunden würden nicht ein vertraulicher Blick und nicht ein vertrauliches Wort möglich sein. In allen andern Stunden aber würde sein Verkehr auffallen und unmöglich sein, abgesehen davon, daß selbst damit nichts Ordentliches gewonnen sein würde. Diese verfluchte Heze hatte ihn in eine innere Folter hineingebracht. Was war zu tun? Abwarten und weiter nichts. Mit diesem trüben Resultat riß sich Axel endgültig los und setzte sich an den Schreibtisch. Er wollte sich drückerlich mit einem zuverlässigen Mann in Verbindung setzen, wenigstens die Nachrichten über die Eigenümer der Gelder mußte er noch im Laufe des Tages haben. Als er geendet hatte, drückte er auf einen Knopf am Schreibtisch.

Im nächsten Augenblick erschien ein Wesen in der Tür, das wie ein halbmächtiger Bursche ausah, in Wirklichkeit aber bereits über die Zwanzig war. Die armselige Gestalt wurde immer von einem leichten Zittern durchzogen und mit aufgeregten und verängstigten Augen blickte er gespannt auf Axel hinüber. Es war ein schwächlicher Mensch, den Axel aus Mitleid in seine Dienste genommen hatte. Er

hatte zunächst in einer Zigarrenfabrik gearbeitet; er wurde dabei aber immer lethargischer und drohte die Schwindsucht zu kriegen. Die Schulungen liefen mit wildem Geschrei hinter ihm her, sobald er sich blicken ließ. Axel hatte den häßlichen Anblick nicht ertragen können, ließ ihn gründlich waschen und nahm ihn in sein Haus. Er mochte in Gottes Namen Botengänge und ähnliche Dinge besorgen, und das tat der arme Teufel auch mit einem Respekt vor Axel, der an Anbetung grenzte. Im Laufe der Zeit hatte er sich dann als ungewöhnlich nützlich und in seiner Art unersetzlich erwiesen. Der Auftrag, den Axel ihm gab, sah ihm wie ein Nagel im Gehirn, und ohne rechts und links zu blicken, trabte er nach dem Orte, nach dem er geschickt worden war. Er lief immer im leichten Trabe, weil er immer noch die Angst vor der Schuljugend in den Gliedern hatte. Im übrigen dachte er an nichts, wachte von nichts, hatte nur den einen Auftrag fest in seinem armen Schädel. Wenn Gänge zu erledigen waren, von denen das Konterpersonal nichts zu wissen brauchte, sendete Axel den jungen Menschen mit einem Brief und konnte sicher sein, daß an diesen Gang keine Kombinationen geknüpft wurden. Es fragte ihn niemand, weil jeder wußte, daß er keine Antwort zu geben vermochte. Selbst aber, wenn er eine Antwort hätte geben können, hätte man nichts von ihm erfahren. Man hätte ihn mit glühenden Zangen zwickeln können und keine Silbe wäre über seine Lippen gekommen. Er hatte seinen Auftrag auszuführen und weiter nichts; so viel hatte sein gestörter Geist vom Leben begriffen, ohne daß ihm jemand dabei zu Hilfe gekommen wäre. Axel war der große Helfer seines Lebens, vor allen anderen Menschen hatte er eine unüberwindliche Scheu; wenn ihm nur jemand winkte, lief er bereits fürchtend davon. Im Städtchen wurde er im allgemeinen Axels „Hoshund“ genannt, weil er immer in einem leichten Hundetrab und ohne eigenen Willen durch die Straßen lief. Im übrigen freute man sich, daß Axel ihn ins Haus genommen und die Straße von einem traurigen Schauspiel befreit hatte.

Axel gab ihm nun den Brief und nannte ihm die Adresse; seine zitternden Lippen wiederholten sie mehrfach, und dann lief er in seinem gewohnten Trabe dem gesteckten Ziele zu. Axel aber wurde durch ein Klingelzeichen zum Essen gerufen, und bald sah er in dem etwas dunklen, aber großen und behaglichen Speisezimmer mit seinen beiden Schwestern am Tisch.

Der Wirt von der „Waldeslust“ kam in wilder Erregung den schmalen Wiesenpfad herunter, der nach der Strandpromenade führte. Er sah nicht, daß die Sonne klar und schön die Häuser auf der anderen Seite der Bucht in der durchsichtigen Herbstluft zum Glimmen brachte; er sah nicht

nicht, daß eine fast sommerliche Wärme über der Landschaft lag; in seinem Innern raste ein Aufruhr, der ihn gegen die Umwelt völlig teilnahmslos machte. Am Vormittag hatte er erfahren, daß Dagmar von Lorenz Asmusen gewonnen worden war, und jetzt am schönen Nachmittag raste er den Weg hinunter, um ihn zur Rede zu stellen. Ihm war nicht weniger als alles verdorben. Nach dem starken Erfolg der Abschiedsfeier hatte er eine Weile überlegt, ob es nicht von Vorteil sein könnte, Dagmar auch im Winter zu behalten. Unter allen Umständen aber wollte er sie im nächsten Sommer haben; sie war die beste geschäftliche Idee, die er seit Jahren gehabt hatte, und nun stahl ihm dieser Lorenz Asmusen die besten Ideen weg. Es war zum Lachen, daß man von der Reichtumslosigkeit dieses alten Jilous so viel Aufhebens machte. Eine nette Reichtumslosigkeit, die andern Leuten hinterücks die besten Kräfte wegstahl! Er begriff jetzt sehr gut, warum der alte Philister am Nachmittag immer so freundlich gegen Dagmar gewesen war. Er hatte seinen Plan gehabt und hatte nun seinen Zweck erreicht. Wenigstens aber sollte er von ihm die Wahrheit hören. Er wollte ihm die Frage vorlegen, ob Dagmar nicht etwa seine geschäftliche Idee gewesen sei, und dann sollte er ihm selber sagen, wie er darüber dachte, andern Leuten auf diese Weise in den Erwerb zu gehen. Wenn noch ein Funken von Schamgefühl in ihm war, mußte er ihm ja Dagmar für den Sommer lassen; derartige Kräfte, die man in ganz Schleswig-Holstein mit der Laterne suchen konnte, nahm ein Ehrenmann einem andern doch nicht so ohne weiteres weg. Er war inzwischen auf der Schiffbrücke angelangt und raste weiter; aus seiner Wirtschaft trat ein Bekannter heraus und rief ihn mit lauter Stimme; er hörte aber nichts und lief in innerm Aufruhr weiter. Von der eigentlichen Schiffbrücke führte noch ein Strandweg am innersten Winkel der Bucht entlang, und von Asmusens Haus am Pferdemarkt zog sich ein langgestreckter Garten zu diesem Wege hinunter.

Als der Wirt an der Gartenspforte angelangt war, hielt er zum erstenmal inne und suchte Ordnung in seine Gedanken zu bringen. Es ging ja nicht, daß er in dieser Aufregung vor Lorenz Asmusen erschien. Wie die Dinge lagen, war mit Gewalt ja gar nichts auszurichten. Asmusen hatte ein festes Engagement in Händen; es war lediglich seine Sache, ob er ihm entgegenkommen wollte. Er mußte zunächst versuchen, in aller Ruhe etwas zu erreichen; wenn das sich dann als unmöglich erweisen sollte, konnte er seine eigentliche Herzensmeinung immer noch an den Mann bringen. Der geschäftliche Instinkt gewann die Oberhand und etwas befremdet, aber doch ruhig und besonnen, kam er in Asmusens Gaststube hinein. Er bestellte ein Glas Bier, nahm Platz und eröffnete das Gespräch.

40 Erwählten der Arbeiterpartei dem Parlamente die Petition für das allgemeine Wahlrecht überreichen. Bis dahin muß das ganze Land besucht sein und Tausende von neuen Unterschriften müssen zu denen kommen, die bereits gesammelt sind. Die Hausagitation, systematisch organisiert, fahre fort, die Gleichgültigen aufzurütteln, die Gegner zu überzeugen; und wenn, kraft des Verdachts der Wähler, kraft der Stiche, welche ihnen die Unterschriften von Hunderttausenden von Petitionären gibt, die sozialistischen Abgeordneten im geeigneten Moment eine neue Vorlage zur Revision der Verfassung einbringen, werden die letzten Widerstände verschwinden, denn das ganze Land wird widerhallen von demselben Feldgeschrei: Revision! Allgemeines Wahlrecht!

Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, den 8. Juni 1914.

Der zweite Vortragsstellvertreter Buchwald eröffnet die Sitzung 6 Uhr 20 Min. Er widmet dem verstorbenen früheren Senator Bertling einen Nachruf.

Die Handelskammer ersucht, die Seemannsschule nicht eingehen zu lassen. Die Handlungsgesellen bitten, ihren Sonntagstrahesforderungen mehr entgegenzukommen, als der Reichstag beabsichtigt.

1. Antrag: Anstellungsverhältnisse des Konsulenten der Gewerkekammer.

Pastor Evers gibt die Stellungnahme des Bürgerausschusses zu dem Antrag bekannt, die sich auch auf den 2. und 4. Antrag mitbezieht. Der Bürgerausschuß habe die Anträge einer Kommission überwiesen, die sich zugunsten der vorliegenden Senatsanträge ausgesprochen habe. Dieser Aufassung sei auch der Bürgerausschuß beigetreten.

Hoff: Aus den Äußerungen des Vorredners geht wieder einmal hervor, daß Anträge, die aus der Gewerkekammer kommen, auf viel weiteres Entgegenkommen rechnen können als solche von Arbeiterseite. Es wird der Ansicht zu geben versucht, als ob im Nichtbewilligungsfalle der Konsulent der Gewerkekammer aus Lübeck fortgehe. Diese Befürchtung ist durchaus überflüssig, der Mann wird bleiben. Ein Mensch mit solch rücksichtlosen Ansichten wird anderorts schwerlich angeheilt. Ich erinnere nur an sein Gutachten in bezug auf die Arbeiterkammern, in dem er den Arbeitern das Vertretungsrecht in- und außerhalb der Behörde nach jeder Hinsicht bestreitet, und ferner an seinen Vortrag im Industrieverein, wo er sich gegen die paritätischen Arbeitsnachweise wandte. Diese Frage hat sich schon so weit geklärt, daß selbst die „Lübeckischen Anzeigen“ schreiben, die Errichtung von allgemeinen paritätischen Arbeitsnachweisen sei auf die Dauer nicht mehr von der Hand zu weisen. Weiter hat der Konsulent in der Frage der Arbeitslosenversicherung so rücksichtlose Anschauungen geäußert, daß man annehmen muß, der Mann wäre überhaupt nicht fähig, in einem fortgeschrittenen Staate eine ähnliche Stellung zu bekleiden. Bei solchen, das öffentliche und wirtschaftliche Leben betreffenden wichtigen Fragen behauptet der Herr, der Sozialdemokratie sei es in der Frage der Arbeitslosenversicherung nur darum zu tun, Schlagworte für die Agitation zu finden. Wenn wir derartige Ansichten von dem Konsulenten der Gewerkekammer hören, können Sie es uns nicht verdenken, daß wir gegen ihn Stellung nehmen. Durch die Bewilligung des Antrags geben sie ihm Beamtenqualifikation, während er bisher nur Angestellter der Gewerkekammer war. Die Politik, die der Herr treibt, wird die Politik des Staates sein. Einmal will er dem Gewerbestand helfen und auf der anderen Seite tritt er dem Arbeiterstand scharf entgegen; aber in dem Bericht des Stadt- und Landamts bei der Arbeiterkammern wird gelagt, die Gewerkekammer sei nicht allein die Vertreterin des Gewerbestandes, sondern auch der Arbeiter. Wenn man solche Ansichten hört, kann man sie nur als einen Hohn auf die ganze arbeitende Bevölkerung betrachten, ein solcher Mann vertritt die Interessen der Arbeiter nicht. Vielleicht hat er mit diesen rücksichtlosen Äußerungen erst das nötige Wohlwollen gefunden und wenn er so weiter fortfährt, kann er noch seinen Lohn in Titeln und Orden bekommen. Der trafe Arbeitgeberverband ist immer durch den Konsulenten vertreten worden. Die Vorlage dient nicht der Allgemeinheit, weshalb ich bitte, sie abzulehnen und es beim alten zu belassen. (Beifall bei den Sen.)

Der Vortragsstellvertreter Buchwald erwidert, er glaube recht gehört zu haben, daß sich die Äußerung Hoff's in bezug der Titel nicht auf den Senat beziehe.

Thiel spricht zugunsten der Vorlage, die nichts Neues bringe. Der Konsulent sei angeheilt von der Gewerkekammer, das Gehalt werde durch Rat- und Bürgerbeschluß bewilligt. Der Konsulent bleibe trotzdem Angestellter der Gewerkekammer. Mit Herrn Hoff, dessen Ansichten sich zu seiner wie Feuer und Wasser gegenüberstünden, in dieser Frage zu debattieren, sei zwecklos, da man doch nicht einig werde. Die Gutachten hantieren nicht von dem Konsulenten, sondern von der Gewerkekammer. Es komme darauf an, von welchem Standpunkt aus die Rückständigkeit betrachtet werde. Bei dem jüngsten Vortrag habe der Konsulent seine persönliche Ansicht

vertreten. Die Gewerkekammer vertrete nur die ihr vom Staate überwiesenen Interessen.

Senator Dr. Fehling hält die Bemerkung Hoff's betr. die Beteiligung als auf den Senat gemünzt. Diese Bemerkung halte er in ihrer Allgemeinheit im Bürgerschaftssaal auszusprechen für außerordentlich bedauerlich.

Böhs wünscht, daß die Gewerkekammer mehr als bisher zu Gutachten herangezogen werde, wenn es sich um gewerbliche Fragen handelt. Zum Besuch von Ausstellungen sollte die Gewerkekammer mehr in Tätigkeit treten. Insbesondere sollte die Gewerkekammer dafür sorgen, daß die mit Zuschuß nach den Ausstellungen Gesandten öffentlich und mündlichen Bericht erstatten, damit die Allgemeinheit Nutzen davon habe.

Hoff erwidert Thiel, daß er nicht dem Konsulenten, sondern dieser seiner Partei den Vorwurf gemacht habe, es wäre den organisierten Arbeitern darum zu tun, Schlagworte zu finden. Gewiß könne man geteilter Meinung über rücksichtlose Ansichten sein, aber ein Mann wie der Konsulent, der im öffentlichen Leben stehe, müßte denn doch nicht von solch rücksichtlosen Anschauungen befangen sein. Es habe ihm ferngelegen, dem Senat vorzuwerfen, daß er Titel an Leute verschenke, die sie nicht verdienen. Aber es sei doch bekannt, daß es Agenturen gebe, die solche Auszeichnungen vermitteln. Senator Dr. Fehling sieht hierin einen versteckten Angriff und weist diesen zurück.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Schaffung einer Kanzlistenstelle beim Stadt- und Landamt (Gesundheitskassen).

Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Neubau einer Schuhmannswohnung in Ruffe.

Löwigt weist auf die spärlichen Mitteilungen über den Neubau hin, für den zuerst nur 6000 Mk. eingestell worden seien. Jetzt habe man diese Summe um 1000 Mk. erhöht. Es sei nicht nachgewiesen, daß diese Erhöhung unbedingt notwendig wäre. In der Vorlage werde betont, daß der Bau 5 Zimmer neben dem nötigen Zubehör enthalten soll. Dem Schuhmann sei eine genügend große und gesunde Wohnung zu gönnen, doch gehe das Geforderte weit über das hinaus, was ein städtischer Schuhmann zu mieten in der Lage sei. Im ursprünglichen Antrag der Baudeputation sei nur von 3 Zimmern die Rede gewesen. Wie die Verhältnisse insbesondere auch mit dem Amtszimmer lägen, gehe aus der Zeichnung nicht hervor. Mit 4 Zimmern inklusive Amtszimmer müsse man doch auskommen können. Ist dann mit 6000 Mk. der Bau zu errichten, sollte die Bürgerchaft dem zustimmen.

Senator Straß: Es handelt sich nur um eine Dreizimmerwohnung, das vierte ist Amtszimmer und das 5. eine Bodenkammer.

Mangels sieht den Platz, auf dem das Haus errichtet werden soll, als den wertvollsten in ganz Ruffe an. Eine Schuhmannswohnung müßte etwas abseits vom Wege stehen, schon wegen der Arrestzelle. Wenn die Wohnung an einer anderen Stelle errichtet werde, könne man 6000 Mk. sparen. Vauplätze für bedeutend billigeren Preis wären in Ruffe genügend vorhanden, der Staat würde ein gutes Geschäft machen, wenn er den vorgeschlagenen Platz verkaufen würde. Redner tritt für Kommissionsberatung ein.

Löwigt: Diesen Ausführungen ist nur zuzustimmen. Dadurch kann dem Staate eine ganze Summe Geld erspart werden. Herr Senator Straß meint, mir sei ein Irrtum unterlaufen. Das ist nicht der Fall. Es scheint eher, daß der Bericht der Baudeputation so unklar abgefaßt ist, daß man daraus nicht klug werden kann. Wir müssen uns an den Bericht halten, der von 5 Zimmern spricht. Es mag zutreffend sein, was der Senator sagte, aber aus der Vorlage ist es nicht zu entnehmen.

Senator Dr. Neumann wundert sich, daß Herr Benn (Ruffe) jetzt in letzter Stunde opponiert, wo die Angelegenheit schon ein halbes Jahr bekannt sei. Das Grundstück sei auf keinen Fall zu groß, bisher habe das Schuhmannshaus darauf gestanden, ohne daß Einwendungen erhoben wurden.

Brösch (Harmsdorf): Der Platz ist für ein neues Postgebäude ausersehen. (Zuruf: Uha!)

Senator Dr. Fehling hält diese Schlussfolgerung für unrichtig. Eine andere Stellung könne der Senat jetzt nicht mehr einnehmen.

Mangels betont, daß die veränderten Verhältnisse eine andere Anpassung erheischen. Durch eine Kommissionsberatung werde die Angelegenheit nicht verschleppt. Man sollte die Wünsche der Einwohner Ruffes berücksichtigen.

Böhs findet in der Vorlage ebenfalls Widersprüche. Der Bürgerausschuß sei sich auch nicht klar gewesen, ob es sich um 4 oder 5 Zimmer handle.

Senator Dr. Neumann hält die Vorlage für völlig klar. Dienstzimmer und Hofzelle seien eben mitgerechnet. Es handle sich um ein Staatsgrundstück, auf dem bisher die Schuhmannswohnung gestanden habe. Die Gemeinde habe sich sogar selbst erbaut, den Rest für den Staat zu veräußern.

„Hören Sie, Asmussen, ist das wahr, was die Leute sagen? Haben Sie vom ersten Oktober an Dagmar Engelbrecht als Haushälterin angenommen?“

„Ja, das stimmt in jeder Beziehung,“ sagte Asmussen ruhig und setzte sich zu ihm an den Tisch.

„Damit haben Sie mir einen bösen Schaden zugefügt. Ich habe doch eigentlich den Gedanken gehabt, sie in der Wirtschaft zu verwenden, und hatte für den nächsten Sommer mit ihrer Arbeitskraft gerechnet.“

„Ich füge keinem Menschen einen Schaden zu und auch Ihnen nicht,“ sagte Asmussen und blickte ihn mit seinen ernsten Augen an.

Dem Wirt wurde etwas unbehaglich zumute. Wenn Asmussen einen so anmaß, konnte man den Augen nur schwer entrinnen.

„Ja, aber...“ begann er einen Einwand, kam aber nicht heraus damit.

„Wenn Ihnen Fräulein Dagmar nicht unbeschwerlich ist, soll sie im Sommer ruhig zu Ihnen gehen. Der Sommer ist für mich die hübsche Zeit und außerdem nehme ich Ihnen natürlich Ihre hübsche Kraft nicht so ohne weiteres weg.“

Der Wirt lächelte in eine leichte und freie Stimmung; Asmussen war nun doch ein Ehrmann. Ein anderer hätte Dagmar nicht so leicht weggegeben, wenn er sie einmal hatte. Um sich erkennen zu lassen, bestellte er eine Flasche Wein, und bald saßen er mitten in einer langen Schilberung, die Dagmars würdevollste Tugenden zum Vorschein hatte; besonders dem Personal gegenüber war sie ein ganz unbeschwerliches Frauenzimmer. Asmussen hörte gern und in ernsten Gedanken zu.

„Sehen Sie, sagte er dann, das ist es ja eben. Einem solchen Fräulein muß man entgegenkommen, wenn sie auf dem rechten Wege vorwärts will.“

„Man kann ihr gar nicht genug entgegenkommen!“ rief der Wirt begeistert; er war ganz und gar friedfertig geworden, nachdem er für den Sommer seinen Willen hatte.

„Aber der ersten Flasche kam die zweite und Asmussen fing bereits an, befehlend zu werden; er mochte am Nachmittag so viel nicht trinken.“

„Es scheint, daß wir ohne Regen gar nicht mehr leben können,“ meinte er und sah ins Wetter. Der Himmel hatte sich grau umzogen und Asmussen hoffte, daß am Ende der kommende Regen den Wirt vertreiben würde. Dem Wirt aber war der Regen in dieser Stimmung ganz egal. Die dritte Flasche kam auch noch an die Reihe, und erst als die Dämmerung kam und es in Asmussens Gaststube lebhafter wurde, nahm er Abschied und ging in den Regen hinaus.

Unter in einer Gastwirtschaft an der Schiffbrücke saßen die Gäste um den Tisch. Als der Wirt von der „Waldbucht“ nun so pödelhaft hereinkam, wurde er mit frohem Gesicht begrüßt. Er bestellte sich einen heißen Grog und nahm bei den andern Platz.

„Im nächsten Sommer werden wir wohl ohne Dagmar auskommen müssen,“ meinte einer der Gäste.

„Wie?“ Der Wirt machte ein Gesicht, als wenn von Dingen aus einer ganz andern Welt gesprochen würde.

„Nun, ich denke, sie ist von Lorenz Asmussen angenommen.“

„Aber, mein Gott,“ sagte der Wirt, „Asmussen ist doch kein Filsch, der andern das Personal wegnimmt. Im Sommer kommt sie selbstverständlich zu mir.“

„Ah ja!“ Es ging wie eine Erleichterung durch die Kunde. Sei Asmussen wäre Dagmar im Sommer vergraben gewesen.

„Ich dachte im Grunde, daß Stine Andreßen bei Asmussen die Aufsicht hätte,“ bemerkte eine.

„Aber das ist doch nichts,“ sagte wegwerfend der Wirt; „außerdem ist sie ja so still, daß sie den Mund nur selten aufst. Da machen die Leute natürlich, was sie wollen.“

„Ob aus Stine und Lorenz nicht eigentlich ein Paar werden sollte?“

„Dann muß Lorenz anfragen, denn Stine tut den Mund gewiß nicht auf. Uebrigens glaube ich auch, daß es schließlich so enden wird, aber dann kann er ja Dagmar gehen lassen. Mit Dagmar ist er ja nicht verheiratet.“ Der Wirt sah sich nach dieser Äußerung schmunzelnd an.

„Das könnte dem alten Lorenz so passen.“

Lüth: Wenn wir einen billigeren Platz erhalten und den jetztigen vorteilhaft verkaufen können, dürfen wir darüber nicht hinweggehen.

Henk (Wittwisch) tritt für kommissarische Prüfung ein. Jeder müße auf dem Lande einen Garten haben. In Stems-Dänischburg sollte man auch ein Dienstgebäude errichten.

Mangels sieht bei dem Verkauf für den Staat eine Ersparnis von 6000 Mk. herauspringen.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird angenommen.

4. Antrag: Schaffung einer Assistentenstelle beim Allgemeinen Krankenhaus.

Mug. Bape bringt zur Sprache, daß bei Entleerung Schwererlester nicht erst danach gefragt werden sollte, wer die Kosten bezahle. Die Assistenzärzte müßten in solchen Fällen sofort die Patienten gut und anständig behandeln.

Senator Straß: Wir sind gezwungen, nach den Kosten zu fragen, weil das Krankenhaus sonst zu große Verluste hätte. In schweren Fällen werden die Kranken unter allen Umständen aufgenommen. Nur in unbedeutenden Fällen, wo die Krankenhausbehandlung nicht notwendig ist und die Kosten nicht gesichert sind, erfolgt Abweisung.

Der Senatsantrag wird angenommen.

5. Antrag: Errichtung einer realschulischen Studienanstalt an der Ernestinenschule.

Dr. Gilbert sieht in der Umwandlung der Ernestinenschule vom Oberlyceum zur Studienanstalt große Vorteile. Die 10stufige Schule sei für die Mehrheit der Schülerinnen wohl genügend, nicht aber für diese Mädchen, die sich für den wirtschaftlichen Kampf eine höhere Bildung aneignen wollten. Die Studienanstalt werde nicht eine ausschließliche Lehranstalt für das Universitätsstudium, sie biete nur den leichtesten Weg zu ihm. Den jungen Mädchen seien wir schuldig, in Lübeck eine Vollenanstalt zu errichten. 1912 besuchten hier 1779 Schüler die höheren Knaben-Lehranstalten, denen 4 Vollenanstalten zur Verfügung standen, während für die 1045 Mädchen der höheren Mädchenschulen nur eine Vollenanstalt vorhanden sei. Der Lübecker Staat könne sich nicht rühmen, für das höhere weibliche Mädchenschulwesen übermäßig viel getan zu haben. Während für einen Schüler höherer Lehranstalten 200 Mk. Zuschuß bezahlt würden, käme auf eine Schülerin der Ernestinenschule nur 38, der Freieschen Schule 28 Mk. Ein Mittelschüler erfordere 50, ein Volksschüler 75 Mk. Die Lehrerinnen, die das Oberlyceum besuchen, können nicht angestellt werden; weil in Preußen Überflus an solchen Kräften vorhanden sei und sonst könnten die Mädchen mit dem Zeugnis des Oberlyceums nichts anfangen. In Neustadt hätten sich um eine mit 1200 Mk. dotierte Lehrerinnenstelle 60 Bewerberinnen gemeldet. Die Mädchen wollten das Lehrerinnenstudium nicht durchmachen, studieren könnten sie aber nur mit dem Oberlyceumzeugnis unter ungeheuren Erschwernissen. Preußen nehme die Oberlyceum in Schutz, weil es viele Volksschullehrerinnen brauche. Die Ernestinenschule würde bei der Umänderung in den Oberklassen wieder eine blühende Schule, zu der auch die Umgebungen angezogen würde. Jetzt kommen die Lübeckerinnen nur nach mühevoller Presse auf die Universität, wo sie sich der erhaltenen Ausbildung wegen zu den beliebtesten Fächern kaum drängen können. Der 13jährige Schulbesuch der Studienanstalt hebe alles Entgegenstehende auf.

Dr. Ziehl erhebt Beschwerde, daß dieser Antrag in der letzten Bürgerschaftssitzung zu Ende der Tagesordnung gesetzt wurde und ersucht, jetzt endlich einmal den wiederholten Wünschen Rechnung zu tragen und wichtige Vorlagen an erster Stelle zu setzen. Zwischen den Anhängern der Oberlyceums und den Studienanstalten herrsche ein Kampf. Während früher nur begabte und gesunde Mädchen zur Universität gingen, sei heute eine allgemeine Massenwanderung zu verzeichnen, die die Gefahr eines wissenschaftlichen Proletariats heraufbeschwäre. Das ganze Vorgehen des Vereins für Frauenbildung habe viele Gegenschriften hervorgerufen. Das Beweiserfahren dieses Vereins habe man als irreführend bezeichnet. Die Bildung des Oberlyceums sei nicht minderwertiger als die höherer Knabenschulen. Sie seien auch nicht dazu da, um alle jungen Mädchen dem Universitätsstudium zuzuführen, sondern wie auch der preussische Kultusminister betone, nur den begabtesten sollte durch das Oberlyceum die Möglichkeit dazu geboten werden. Bei Bewilligung des Direktorgehalts habe man ja ausdrücklich den Vollenanstaltscharakter der Ernestinenschule betont. Die politischen Parteien in Preußen ständen in der Frage der Oberlyceen ausschließlich auf Seiten des Kultusministers. Die Zahl der für Oberlyceen Eintretenden sei größer als die für die Studienanstalten. Ob wir hier für das Oberlyceum oder für die Studienanstalt eintreten, ändert gar nichts an der Sache, da wir doch nicht mehr Schülerinnen erhalten. Der Streit selbst muß in Preußen ausgefochten werden. Die historische Entwicklung hat dazu geführt, den Oberrealschulen dieselbe Berechtigung zu gewähren wie den andern höheren Knabenschulen, da ist es doch selbstverständlich, daß auch das Oberlyceum dieselbe Berechtigung erhält. Die Oberrealschulen haben auch kein Latein gelehrt und die Abiturienten werden nicht zurück-

„Das könnte manchem so passen,“ meinte ein anderer; „Dagmar aber scheint keine Lust zu haben.“

„Wißt Ihr, was ich glaube?“ sagte der Wirt. „Ich glaube, daß sie unten in Kiel heiraten wird, weil sie dort leichter etwas Gutes bekommt, und daher ist sie hier oben so abweisend.“

Die Annahme fand allgemeine Zustimmung und damit wurde Dagmar verlassen.

Inzwischen war die Dunkelheit hereingebrochen; der Wirt von „Waldbucht“ war längst zu Hause und unten bei Asmussen begannen die späten einsamen Abendstunden. Der Regen fiel noch immer dicht und fein und der Sturm war erwacht und heulte durch die dunklen Straßen. Er kam vom Meere herein und warf sich mit seiner ganzen Riesengewalt auf das kleine Städtchen. Mitunter war es, als habe er sich ein altes Häuschen ausersehen, um es mit einer gewaltigen Kraftanstrengung aus dem Boden zu reißen; das alte Häuschen aber blieb stehen und wollte sich nicht werfen lassen. Dann zerrte er und rüttelte und raste und heulte schließlich in entsetzlicher Wut durch die Nacht. Asmussen horchte auf den Sturm, der dann und wann im Haus oder in der Nachbarschaft eine Tür mit heftigem Krachen aufriß und den Regen gegen die Scheiben trieb. Nur ein Kaufmann aus der Nähe des Pferdemarktes sah bei ihm. Am Abend kamen wenig Gäste und an einem solchen Abend kamen gar keine. Es war so still, das man das Summen der Gasflammen hörte; jeder der beiden Männer hing seinen eigenen Gedanken nach. Wenn draußen der Sturm in sinnlos heiferer Weise drauffloss, wurde Asmussen ernst und schüttelte leicht den Kopf. Er dachte an das Meer und an die Seelente, die in dieser stürmischen Nacht mit der Rastlosigkeit des Meeres kämpfen mußten.

„Ein böses Wetter,“ sagte er still vor sich hin; „ich möchte keinen Hund auf die Straße jagen.“

„Wir werden dafür hüben müssen, daß die erste Hälfte des Tages so schön war,“ meinte der Kaufmann; dann wurde es wieder still und man hörte nur das leise Summen der Flammen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Schreckensurteil.

Vier Jahre acht Monate Gefängnis für eine Tat, deren Spuren zu beseitigen einen Kostenaufwand von 75 Mk. erforderte.

Ein empörend hartes Urteil fällt am Montag nach einer Beratung von knapp 20 Minuten die fünfte Strafkammer des Berliner Landgerichts III in Sachen der „Charlottenburger Denkmalschänder“. Die unüberlegte Tat der Beklagten hat eine Bestrafung gefunden, die durch die Beweisaufnahme nicht im geringsten gerechtfertigt erscheint.

Angeklagt waren der Arbeiter Linke, die Schlosser Göpfert und Kuhl, sowie Gastwirt Rau wegen Vergehen gegen § 304 des Str. G. Bzw. wegen Beihilfe. In vierzehn Stellen des Kaiser-Friedrich-Denkmal auf dem Luisenplatz in Charlottenburg waren die Worte „rote Woche“ mit roter Farbe angehängt.

Der Angeklagte Linke bekannte sich schuldig, diese Worte angehängt zu haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er dazu gekommen sei, gibt er folgende Darstellung: Am Vormittag des 10. März war er in der Gastwirtschaft des Gastwirts Rau und spielte Billard. Er hatte vorher zu dem in der Gastwirtschaft stattfindenden Rosenfest Sträuße geholt. Bei seiner Anwesenheit in der Gastwirtschaft hörte er, daß an dem Abend ein Extrazahlabend der Sozialdemokratischen Partei stattfinden sollte. Da er nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sei, habe er sich darum nicht weiter gekümmert. Nach dem Zahlabend, es mag gegen 11 Uhr gewesen sein, und die Teilnehmer am Zahlabend waren bereits fortgegangen, sagte der Angeklagte Kuhl zu einem ihm unbekanntem, sie wollen nach dem Luisenplatz gehen. Der Grund hierfür wurde nicht gesagt. Erst später wurde er aufgefordert, mitzukommen. Wer das zu ihm gesagt hat, könne er mit Bestimmtheit nicht angeben. Hierbei hörte er auch, es sollten die Worte „rote Woche“ an das Kaiser-Friedrich-Denkmal angehängt werden. Rau hat ihn gefragt: „Na Rudolf, gehst auch mit?“ Er erklärte sich dazu bereit. Wer ihn dazu veranlaßte, weiß er nicht; er hatte ziemlich viel getrunken und war sich über sein Handeln nicht mehr klar. Am Tage hatte er für Rau in dessen Auftrag für 10 Pfg. Anilinfarbe geholt. Er glaubte, daß diese für Plakate sein sollte, da er für Rau schon einige Plakate, die zu dessen Geschäftszwecken dienten, gemalt hatte. — Vors.: Wer wollte die Zettel mit der Aufschrift „rote Woche“ ankleben? — Angeklagter: Das weiß ich nicht. — Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die heutigen Angaben des Linke von früheren Vernehmungen erheblich abweichen. Der Angeklagte erklärte, daß er nicht seine eigenen Beobachtungen wiedergegeben habe, sondern nur das, was er vom Hörensagen kenne. Nach seiner Meinung haben alle in dem Lokal anwesenden Gäste von dem Plan, die Schrift an dem Denkmal anzubringen, gewußt. Keiner habe das Gefühl gehabt, sich strafbar zu machen. Ob Kuhl nachher dabei war, weiß er nicht.

Angeklagter Göpfert gibt zu, Zettel angeklebt zu haben. Er ist mit Rau als ehemaligem Berufskollegen bekannt. Zur fraglichen Zeit war er arbeitslos und hat sich häufiger in der Gastwirtschaft bei Rau aufgehalten. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war er zurzeit nicht mehr. Kuhl habe ihn gefragt, ob er Farbe habe. Er erwiderte, diese für seine Laube gebrauchen zu wollen. Später sei er von Kuhl eingeladen worden, mit nach Charlottenburg zu kommen. (Das Lokal von Rau liegt an der Moabitertrennung.) Sie besprachen auch, über den Luisenplatz zu gehen. Auf dem Wege dahin sind sie noch in einer Gastwirtschaft in der Umlandstraße gewesen. Göpfert behauptet noch, von keinem Menschen aufgefordert worden zu sein, das Denkmal zu bemalen. Von Bemalen sei überhaupt keine Rede gewesen. (In der Voruntersuchung soll er angegeben haben, von Kuhl dazu aufgefordert worden zu sein.) Auf den Widerspruch der beiden Auslagen aufmerksam gemacht, erklärte er, daß in der Voruntersuchung bei dem Richter oder dem Polizeikommissar unbedingt ein Irrtum vorgeherrschet haben müsse. Bei dem Denkmal angekommen, habe ihn Linke aufgefordert, den Farbenopf — einen Blumenunterfang — zu halten, da er Farbe zurecht machen wolle. Dieser Aufforderung kam er nach. Was dann geschehen sei, wisse er nicht, da er dann fortgegangen sei.

Angeklagte Kuhl gibt an, erst nach der zur Anklage stehenden Affäre zum Bezirksführer des Wahlvereins von seinem Bezirk gewählt worden zu sein. Nach dem Zahlabend sah er noch in dem allgemeinen Schankraum bei einem Glase Bier, ein für ihn sehr seltenes Vorkommnis. Er hörte dabei, wie an anderen Tischen erzählt wurde, daß noch Personen nach dem Kaiser-Friedrich-Denkmal gehen wollten. Der Zweck wurde nicht besprochen. Den Angeklagten Linke habe er vor dem nicht gekannt. Die Behauptung, er hätte den Linke aufgefordert, die Worte „rote Woche“ an das Denkmal zu schreiben, sei widersinnig, da er doch dazu keinen Unbekannten aufgefordert hätte. Vielmehr hatte er die Absicht, festzustellen, ob überall die Zettel angeklebt worden seien. — Vom Vorsitzenden wird auch dieser Angeklagte darauf aufmerksam gemacht, daß er in früheren Vernehmungen anders als jetzt ausgesagt habe. Den Widerspruch erklärt er dadurch, daß er in seiner Aufregung der Vernehmung nicht richtig folgen konnte. Er sei in Sorge um seine Familie, die aus Frau und fünf unmündigen Kindern besteht, gewesen, und durch die mit der Sache verbundenen Aufregungen vollkommen irritiert worden. Tatsache sei, daß er nicht am Denkmal war und auch nicht Schmiere gestanden habe.

Angeklagter Rau bestreitet, von einem Plan, das Denkmal zu beschmierem, gewußt zu haben. Er hatte an dem fraglichen Abend in seiner Wirtschaft viel zu tun. Seine Frau war nicht anwesend, so daß er allein die Gäste bedienen mußte. Auf die im Vereinszimmer gepflogene Unterhaltung habe er nicht geachtet, da er vor allen Dingen seine geschäftlichen Obliegenheiten erfüllen mußte. Linke habe ihn um Farbe und Spiritus gebeten. Den letzteren habe er ihm in einer Medizinflasche verabfolgt und dann habe er ihm auch noch, da er keine Farbe mehr hatte, 10 Pfg. gegeben, damit er solche kaufen könne. Er habe nicht danach gefragt, was Linke damit machen wollte. Gegen 12 Uhr hörte er, daß einige Gäste nach dem Luisenplatz gehen wollten. Dabei fragte er Linke: „Rudolf, Du gehst auch mit?“ Das war mehr in Frageform geschehen, keineswegs konnte das eine Aufforderung zum Mitgehen sein. Linke und auch die anderen sagten nicht, daß sie zum Denkmal gehen und dieses bemalen wollten. Wer den Gedanken aussprach oder angeregt hatte, weiß er nicht. Erst aus der Zeitung habe er gesehen, was passiert war.

Zeuge Westeiler: In dem fraglichen Abend sei er von 8—10 Uhr in der Gastwirtschaft von Rau gewesen und habe dort Karten gespielt. Von Linke habe er die Äußerung gehört, daß er noch zum „Luisenplatz“ gehen müsse, bezw. daß Linke mit Göpfert dorthin müsse. Linke habe dabei die Bemerkung gemacht, daß er vielleicht morgen schon im Moabit sei. Wer mitgegangen sei, wisse er nicht. Gegen 12 Uhr kam seine Frau und Frau Rau aus der Gesangsstunde. Nach seiner Meinung müsse Rau gewußt haben, daß das Denkmal bemalt werden sollte. Einige Tage später ging Linke mit ihm an dem Denkmal vorbei, dabei sagte ihm dieser, er (Linke) oder Göpfert — bestimmt kann das der Zeuge nicht mehr angeben — habe die Farbe und den benötigten Pinsel ins Wasser geworfen. Weiter sagte ihm Linke: „Mer etwas analog, wird unendlich gemacht.“ Linke gab

er Gegner des Frauenstudiums und würde bedauern, wenn es größere Dimensionen annehme. Aber wir in Lübeck würden diese Bewegung nicht aufhalten, deshalb mußten wir die Bedingungen zum Ergehen des Universitätsstudiums schaffen.

Damit ist die Debatte erschöpft. Ein Antrag, die Studienanstalt statt Ostern 1914 erst 1915 zu errichten, wird abgelehnt. Damit ist die ganze Vorlage gefallen. Hierauf wurde über das Ersuchen der Minderheit abgestimmt, an der Ernestinenschule Kurse einzurichten, die begabten jungen Mädchen von hinreichender Gesundheit es ermöglichen, sich vor einer in Lübeck zu errichtenden Prüfungskommission ein realgymnasiales Reifezeugnis für die Universität zu erwerben. Dieses Ersuchen wurde angenommen.

In die Kommission zur Erweiterung der Feuerwache an der Hansastrasse wurden gewählt: Bachmann, Niemann (Schlurp), Radde, v. Schack, Wandke, Erjakmänner Heise und Scharff.

In die Kommission betr. Neubau einer Schulmannswohnung in Ruffe wurden Benn (Ruffe), Mangels, Möller, Bedelhoff und Thiele gewählt. Erjakmänner Köhn und Scheithoff. Schluß 10 Uhr 30 Min.

Verbandstag der Transportarbeiter.

Am Sonntag nachmittag wurde der 9. Verbandstag, der in Köln im „Volkshaus“ tagt, vom Verbandsvorsitzenden, Genossen Schumann, mit einem Hinweis auf den Ernst der Situation, in dem sich der Verband und die Arbeiterbewegung befindet, eröffnet. Nach den Begrüßungsansprachen der in- und ausländischen Gäste, aus denen wir hervorheben, daß in Niederösterreich während der Dauer von 5 Monaten im Jahre der 7-8-Adenschluß gefeiert eingeführt ist, erfolgte die Konstituierung des Verbandstages. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgestellt: 1. Berichte. 2. Unsere Taktik im wirtschaftlichen Kampfe. 3. Anträge. 4. Die auf Schaffung eines besonderen Staatsarbeiterrechts gerichteten Bestrebungen und unsere Stellungnahme dazu. 5. Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten. 6. Wahl der Verbandsleitung usw. Die Frage der Revision des Genossenschaftstarifes soll im Anschluß an den Vorstandsbericht erörtert werden. Als besondrer Punkt soll „Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ behandelt werden.

Den Geschäftsbericht erstattete am Montag früh Schumann. Redner bezog sich auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, von dem wir bereits am Sonnabend die wichtigsten und allgemein interessierenden Zahlen wiedergegeben haben und ergänzte denselben in einzelnen Punkten. Redner wies darauf hin, daß den aufgenommenen Statistiken von seiten der Mitglieder bedeutend mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden müsse. In einer Reihe Mitgliedschaften hat nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz der Mitglieder die Fragebogen bez. des Verdienstes u. m. beantwortet. Erfreulich ist, daß die Bildungsbestrebungen im Verbands immer größeren Umfang angenommen haben. Geplant ist die Einführung von Lichtbildervorträgen beruflicher Art durch den Zentralvorstand. In den letzten 2 Jahren sind 169 387 Mitglieder neu aufgenommen; leider ist ein großer Teil der Mitglieder hiervon wieder abgeprungen. Der Verband wird prüfen, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, um die große Fluktuation zu verhindern. Rund 15 000 Übertritte zum Verband sind in der Berichtszeit zu verzeichnen; hauptsächlich war hier der Bauarbeiterverband der Gebende. Den Hauptanteil der Neuaufgenommenen stellten die Expeditionen- und Speicherarbeiter, Kutsher und Hausdiener. 18 219 Jugendliche sind dem Verbands neu beigetreten. Die Gesamtmitgliedszahl stieg in der Berichtszeit um 34 178, auf 229 427. Im 1. Quartal 1914 sind trotz der Krise rund 1200 Mitglieder neugewonnen worden. Die Gewinnung der Berufskolleginnen muß noch mehr als bisher unsere Aufgabe sein, trotzdem auch hier schon sehr gute Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Zunahme bei den weiblichen Mitgliedern betrug 85 Proz. Die Beiträge erhöhten sich um 2 194 577, auf 10 223 926. Während die Mitgliederzunahme nur 17,5 Proz. beträgt, erhöhten sich die Beitragsleistungen um 27,8 Proz., gewiß ein erfreuliches Resultat. Redner warnt ganz entschieden angesichts der gegenwärtigen Situation vor einer Änderung des Systems der Beamtenanstellung. Mißbilligkeiten haben sich bei dem bisherigen System nicht herausgestellt. Die Anstellung muß aus taktischen und praktischen Gründen in den Händen des Vorstandes bleiben; den Wünschen der Mitglieder an dem betr. Orte muß selbstredend nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Konferenzen einzelner Berufsgruppen fanden verschiedene statt; eine Konferenz der Winnschiffer nahm Stellung zu gesetzgeberischen Maßnahmen. Ihre Vorschläge wurden im Oktober 1913 der Regierung unterbreitet; bis heute aber ist noch keine Antwort eingelaufen. Fein waren es ja auch Arbeiter, die Wünsche äußerten und keine Unternehmer. In diesem Jahre ist eine Konferenz der Hafenarbeiter und Seeleute geplant, beide werden an einem Orte zu gleicher Zeit tagen. Die Gesetzesvorlage der Regierung betr. Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist ein sprechender Beweis dafür, wie der sozialpolitische Kurs nach rückwärts geht. Die von der sozialdemokratischen Fraktion angestrebte Ausdehnung der neuen Konkurrenzklausel-Bestimmungen auf Arbeiter und Techniker scheiterte an dem Widerstand der Regierung. Redner schilderte einen Fall, wo ein Arbeiter einer Samenhandlung sich bei einer Konventionalstrafe von 1000 Mk. verpflichten mußte, in 2 Jahren in kein Konkurrenzgeschäft einzutreten. Wie notwendig es ist, daß den Polizeipräsidenten die Befugnis genommen wird, auf dem Verordnungswege die Arbeitszeit der Kutsher und Chauffeure festzusetzen, beweist die Tatsache, daß in Frankfurt a. M. der Polizeipräsident die Arbeitszeit der Kutsher und Chauffeure auf 16 Stunden festgelegt hat. Von der Politische Erklärung der Gewerkschaften durch den Berliner Polizeipräsidenten ist auch der Transportarbeiter-Verband betroffen worden; man will ihm die Jugendlichen abspenstig machen. Für Unterstützungszwecke wurden 1911 24,02 Proz., dagegen 1913 41,91 Proz. pro Beitrag verausgabt. 71,2 Proz. der Einnahmen wurden für Unterstützungszwecke und Lohnbewegungen verausgabt. Im 1. Quartal 1914 wurden 236 000 Mk. mehr lediglich für Unterstützungszwecke verausgabt als im gleichen Zeitraum 1913. Gemäßregelt wurden in der Berichtszeit 2090 Mitglieder, Lohnbewegungen wurden 1950 mit 175 905 Beteiligten geführt; von letzteren waren 74,4 Proz. organisiert. Der weitau größte Teil der Lohnbewegungen waren Angriffsbewegungen. 43,7 Proz. aller Bewegungen entfielen auf das Handelsgewerbe. Die Bewegungen sind außerordentlich günstig verlaufen. Insgesamt bestehen 1175 Tarife mit 93 700 Beschäftigten. Die leidgeheure Grenzstreitigkeitsfrage bildete einen Teil der Ausführungen des Berichtserstatters. Für den Hausbaufonds sind bis jetzt 328 000 Mk. vorhanden. 5 Grundstücke sind für 931 264 Mk. erworben worden. Die Hausbaumarken müssen vorläufig noch weiter erhoben werden.

Den Kassenbericht erstattete Pfeiffer. Die Geschäftsperiode war eine günstige, wie wir schon berichtet haben. Eine Sanierung der Finanzen ist dringend erforderlich. Der Bericht der Wandtsprüngungskommission ergab, daß 183 delegierte sowie die Vertreter des Vorstandes um anmeldeind.

gewiesent. Weist sie sich einer Nachprüfung unterziehen. Sie verschaffen sich diese Kenntnis auf der Unternehmung. Der Verein für Schulreform fordert dieselbe Berechtigung für die Schüler ohne Latein wie für die andern, und diesem Verein gehören in Lübeck auch Oberlehrer an. Was also für die Knaben gilt, muß auch für die Mädchen Geltung haben. Die Lateinfrage liege im übrigen ganz anders, als die Mehrheit der Kommission und die Oberlehrerbände annehme. Die gesamte Frauenwelt, die für das Studium eintrete, wolle nur, daß begabte Mädchen zum Universitätsstudium zugelassen werde. Durch Einrichtung fakultativer Lateinstunden werde dieser Forderung gerade entsprochen. In Baden, Württemberg und Straßburg siehe den Mädchen, die eine Nachprüfung machen, zum Universitäts-eintritt nichts entgegen. Und was den Dokortitel betreffe, so hätten wir in Lübeck am Katharineum 8, am Johanneum 5, in der Realschule zum Dom 7 und in der Ernestinenschule 3 Lehrer, die keinen Dokortitel führen. Diesen Herren habe die Unterlassung also nichts geschadet, und würde es auch den Mädchen nichts schaden. Was die Minderheit vorschlägt, sei so töricht nicht, denn der Stettiner Oberlehrer z. B. habe sich gegen die Errichtung einer Studienanstalt gewandt und viele andere Städte und Staaten befolgten denselben Schritt. Allerdings müßten die Mädchen beim Vorschlag der Minderheit ein Jahr länger studieren. Aber das sei gerade für die Gesundheit der Frauen vorteilhaft, wenn die Entscheidung, ob sie zum Universitätsstudium gehen wollen oder nicht, ein Jahr hinausgeschoben werde. Die Ausführungen, die gemacht worden sind, um das Oberlyceum herunterzusetzen, hätten der Kritik nicht stand. Der Weg durch das Oberlyceum sei viel zweckmäßiger als der durch die Studienanstalt, gleichgültig ob es sich um das preußische oder sächsische Muster handele. Im Bericht der Mehrheit seien eine Reihe Irrtümer vorhanden, die der Minderheit zugute kommen. Lassen wir alles wie es ist und führen wir in den drei Oberklassen fakultativen Lateinunterricht, Mathematik und die Nachprüfung ein, dann haben wir alles, was wir wünschen: daß die begabten Mädchen zur Universität gehen können. Erst wurde das Oberlyceum über alles gelobt, und jetzt soll auf einmal nur die Studienanstalt etwas gelten. Mit dem Oberlyceum wird dem Mittelstand gebient, denn die Schülerinnen können beim Verlassen des Oberlyceums gleich praktisch tätig sein. Was heututage von Regierungssichtenerklärt wird, ist nur ein Spiel des Zufalls; denn säßen wir in einem andern Bundesstaat, dann würde die Regierung heute für die Minderheit eintreten.

Dr. G. H. H. hält die Ausführungen von Dr. Ziehl dialektisch für richtig, trotzdem aber nur für graue Theorie und führt vorgetragene Beweise dagegen an. Der Gesundheitszustand sei in den Studienanstalten vielfach besser als in den Oberlyceen. Die Studienanstalt eröffne den Mädchen alle Wege zu jedem Studium.

Senator K u l e n k a m p wendet sich gegen Dr. Ziehl. Es komme nicht auf die angeführten Frauvereine an, sondern darauf, was für uns das Richtige sei. Und das sei das von der Oberlycealbehörde und dem Senat vorgeschlagene. Es wäre verfehlt, das Oberlyceum beizubehalten. Besser wäre natürlich, wenn wir uns neben der Studienanstalt ein Oberlyceum leisten könnten.

Schulrat Prof. Dr. W y d g r a m führt an, daß sich 300 Universitätsprofessoren gegen die Zulassung von Oberlyceumschülerinnen zum Universitätsstudium ausgesprochen hätten. Die Mädchen bekämen jetzt nur ein Lehramtszeugnis für mittlere und höhere Mädchenschulen, das beweise doch deutlich den Charakter der Oberlyceen als Fachschulen. In Preußen helfe das Zentrum mit, einen reichen Nachwuchs katholischer Lehrerinnen aus den Oberlyceen zu erhalten. Redner führt Auslassungen gegen die doppelte Aufgabe der Oberlyceen an und geht insbesondere auf den Lateinunterricht und den Vergleich der Oberrealschulen mit den Oberlyceen ein. Einer Oberrealschule vorzuziehen sei das humanistische oder Realgymnasium. Nur größere Städte führten Oberrealschulen ein, die Gymnasien schon hätten. Gesundheit und Intelligenz der jungen Mädchen sei beim Oberlyceum genau so nötig wie bei der Studienanstalt. Die preußischen Städte hätten viel lieber Studienanstalten errichtet als Oberlyceen, aber die Regierung habe den Städten ungeheure finanzielle Bedingungen gestellt, weil sie Lehrerinnen brauche. Nur weil man der Regierung das Gewünschte nicht abringen konnte, habe man die Nebenkurse eingerichtet. Sehr leicht sei das Nachgezogene auch in Lübeck nicht zu machen. Das Oberlyceum habe die Bildung mit pädagogischem Einschlag, während die Studienanstalt Allgemeinbildung zur Voraussetzung habe und großen Zuzug von Schülerinnen verspreche.

Hauptlehrer R e i m p e l l stellt sich auf den Standpunkt von Dr. Ziehl. Die Studienanstalt sei nichts anderes als ein Abklatz der höheren Knabenschule, die der weiblichen Eigenart weniger gerecht werde als das Oberlyceum. Wenn sich 300 Universitätsprofessoren gegen die Berechtigung von Oberlyceumschülerinnen zur Universität ausgesprochen hätten, dann dürfe man nicht vergessen, daß 2223 Universitätsprofessoren vorhanden seien. Es handle sich wohl nur um die Kollibutakademie, die sich auch dagegen wenden, wenn andere Kreise zur Universität gehen. Die Führerinnen der Frauenbildungsbewegung sollten sich auf andern Gebieten betätigen, da sei Arbeit genug vorhanden.

Schulrat Professor Dr. W y d g r a m: Es handelt sich nur um die ordentlichen Professoren an preußischen Universitäten, und nicht um die außerordentlichen und Privatdozenten, die der Vorredner mitzählt. Mit den Nachrichten über Lehrermangel und -überschuß stimmt es nicht so genau. Ich glaube überhaupt meistens nicht, was in den Zeitungen steht. Wer für die Studienanstalt eintritt, tritt für eine Beschränkung des übermäßigen Frauenstudiums ein, während das Oberlyceum das unbeschränkte Studium befördert.

Pastor E v e r s ist im Grunde ein Gegner des Frauenstudiums, tritt jedoch für die Oberstudienanstalt ein, weil die soziale Lage nicht jedem Mädchen den wahren Frauenberuf eröffne. Sie seien gezwungen, einen anderen Beruf zu ergreifen. Es werde auch wieder eine Zeit kommen, wo eine planmäßige und ruhigere Wellenbewegung im Bildungsstreben der Frau eintrete. Je gründlicher die Bildung der Frau sei, desto besser die Erkenntnis für ihre eigentliche Tätigkeit. Der Besuch der Studienanstalt, auf die jetzt schon viele Mädchen warten, werde viel besser sein als im jetzigen Oberlyceum.

U. g. W a p e unterstreicht die Ausführungen Dr. Ziehl's. Beim sächsischen Prüfen müsse man unter den heutigen Umständen die Vorlage ablehnen. Welchen Wert den von Dr. G. H. H. gelobten Zeitungsartikeln beimessen sei, von denen jedenfalls einer aus der Feder des Schulrats selbst hervorgegangen, habe Herr Professor W y d g r a m selbst bekräftigt, indem er ausführte, daß er Zeitungsnachrichten selbst nicht glaube. Redner geht weiter auf das ausgebauten Schulwesen in den höheren Knabenschulen ein, bei dem man noch hin und her pendele; so soll es auch jetzt bei den höheren Mädchenschulen geschehen. Es dauere nicht lange, dann komme auch die Freieschule Schule daran. Aber wir hätten jetzt ja wieder 10 Millionen gepumpt, da könne man Versuche anstellen.

Wortführer-Stellvertreter B u d w a l d erklärt den Ausdruck „pumpen“ für unzulässig.

Professor Dr. K e u t e r hätte statt Kritik Dank für die Oberlycealbehörde erwartet, die durch ihr Vorgehen beweise, daß sie dem Geist der Zeit Rechnung trage. Im Krinim sei

Wortführer-Stellvertreter B u d w a l d erklärt den Ausdruck „pumpen“ für unzulässig.

Professor Dr. K e u t e r hätte statt Kritik Dank für die Oberlycealbehörde erwartet, die durch ihr Vorgehen beweise, daß sie dem Geist der Zeit Rechnung trage. Im Krinim sei

noch ein Gespräch wieder, wonach Göpfert gesagt habe: Wenn etwas herauskommt, so liege genügend Geld bereit, um die Betroffenen ins Ausland zu bringen. — Göpfert sowohl wie Linke bestreiten, jemals diese oder ähnliche Meinungen geäußert zu haben. Göpfert habe im Gegenteil vor der falschen Auffassung gewarnt, daß für solche Dinge Geld beschafft werden würde oder könnte. — Verteidiger Justizrat Sonnenfeld fragt den Zeugen Westweller, ob er oder seine Frau die Anzeige erstattet habe. Verschiedene Anzeigen sprechen sehr deutlich dafür. Jägernd verneint der Zeuge die Frage.

Zeuge Rosenbergs ist mit einigen Bekannten bis zum Denkmal mitgegangen, wo er sich dann von diesen trennte. Geschehen hat er nicht, daß jemand Farbe hatte. Sie haben einen Rundgang in Charlottenburg gemacht, um zu sehen, ob überall Zettel angeklebt seien. Er habe nichts davon gehört, daß das Denkmal bemalt werden sollte. Ebenso hat er nicht gesehen, daß Rau dem Linke Farbe gegeben habe. — Rosenbergs wird nicht vereidigt.

Magistratsbaurat Walter berichtet, daß insgesamt 75 Mt. für Vesteigerung der Aufschriften ausgegeben worden sind.

Sachverständiger Dr. Brüning sagt aus, daß es relativ einfach war, den Farbstoff vom Denkmal zu entfernen. Es sei auch nicht anzunehmen, daß sich der Farbstoff am Denkmal wieder bemerkbar macht.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt führt aus: An 14 Stellen sei das Denkmal, ein Kunstwerk, von frevelhafter Hand besudelt worden. Das Anbringen der Inschrift sei beleidigend, besonders für jeden nationalen Mann. Es kommt nicht darauf an, daß die Inschrift beseitigt werden konnte. Es wirke beschämend, daß die Angeklagten ihre früheren Aussagen zurücknehmen. Sicher ist, daß Linke als Werkzeug gedungen worden sei, um die Schrift anzumalen. Die Angeklagten haben sich noch zu ihrer Tat Mut angetrunken. Bei den Angeklagten liege ein bewußtes und gewolltes Zusammenwirken vor. Kuhls sei der Leiter gewesen und habe die anderen zur Tat angepörrt. Bei Rau sei nicht anzunehmen, daß er Linke zu der Tat angeleitete hat. Sicher aber hat er von dem Plan gewußt. Er ist der Beihilfe schuldig. Die Triebfeder zu dieser Tat sei parteipolitischer Fanatismus. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist ein hohes Strafmaß geboten. Das Urteil müsse abschreckend wirken. Angebracht wäre die Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis. Wenn er diesen Antrag nicht stelle, dann deshalb, weil das Denkmal keinen dauernden Schaden habe. Gegen jeden der Angeklagten beantrage er zwei Jahre Gefängnis, und wegen der ehrlosen Gesinnung, die die Angeklagten durch ihre Tat bezeugt haben, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre.

Verteidiger Rechtsanwalt Leonhard Friedmann bemerkt, daß es sich bei der Tat der Angeklagten um keine Denkmalschändung, sondern um eine Denkmalsbeschädigung handelt. Wenn das politische Moment aus der Behandlung ausgeschlossen wird, sei das ganze eine objektive Lumpererei.

Justizrat Sonnenfeld kommt als scharfer politischer Gegner der Sozialdemokratie zu dem Ergebnis, daß die Tat der Angeklagten mit einer politischen Demonstration nicht das geringste zu tun hat.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende, das Gericht habe gegen Göpfert, Linke und Kuhls auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten erkannt; gegen Rau wegen Beihilfe auf 1 Jahr Gefängnis. Den Angeklagten wird je 1 Monat der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. — Zur Begründung führte er aus: Am Abend war bei Gelegenheit des Zahlenspiels der Plan gefaßt worden, das Denkmal zu bemalen. Die Tat ist durch die Angeklagten verabredet und die Ausführung nach einem bestimmten Plan vollzogen worden. Für die Abmessung der Strafe ist berücksichtigt worden, daß die Tat in ganz Deutschland Aufsehen hervorgerufen hat. Es sei eine bodenlose Frechheit, wenn die Sozialdemokratie für ihre Parteiflamme Denkmäler benutzt. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Angeklagten ungebildete Leute seien, die durch die Partei verhetzt und verführt worden sind. Die Angeklagten glaubten, der Partei zu dienen und in ihr einen Rückhalt zu finden. Die Tat selbst ist so frech, daß das Urteil abschreckend wirken muß, und zwar so, daß in Zukunft jeder Frevel gegen die Hände weg von dem Denkmal eines deutschen Kaisers.

Die Haftentlassungsanträge der Verteidiger wurden wegen Furchtverdachts abgelehnt.

Die Angeklagten erklärten, auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen das Urteil verzichten zu wollen. Damit wird das juristische Urteil rechtskräftig, das die Zustimmung aller Reaktionen finden wird.

Das Urteil soll abschreckend wirken, ja es hat aber auch noch eine andere Wirkung, die denjenigen, denen es dienen soll, keineswegs anheimeln wird: Es muß weite Kreise der Bevölkerung aufs höchste empören, wenn die gewiß verurteilenswerte, doch keinerlei nachteilige Folgen aufweisende Tat unbefangener Köpfe mit 3 1/2 Jahren Gefängnis geahndet werden muß, während ähnliche Vorgänge mit schlimmeren Folgen von zukünftigen Stügen der Gesellschaft verübt, durch einen Verweis oder durch Geldstrafen beglichen wurden. Wer erinnert sich dabei nicht der Verwahrung des Hünengrabes bei Waldhufen durch Mitglieder der „goldenen Jugend“ und der darauf erfolgten geringen Strafe. Das ist nur ein Fall aus Tausenden. Von den Heldentaten der Sonnet Vorläufer ganz zu schweigen!

Gemeinschaftsbewegung.

Die Tagung des Verbandes evangelischer Arbeitervereine. Am Freitag ging die Tagung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Saarbrücken zu Ende. Während der ganzen Dauer der Tagung hatten sich der Reichsführer, der Handelsminister und der Oberpräsident der Rheinprovinz vertreten lassen. Aus dem Jahresbericht des Verbandes ging hervor, daß ihm zurzeit 1080 Vereine mit 142 000 organisierten Mitgliedern angehören. Der Bericht erregte Interesse, daß die soziale Fürsorge auch in Deutschland nicht mangeln dürfe; in der Arbeitslosenversicherung seien wir von England sogar schon überholt. Gegenüber dem Klassenkampf müsse die Parteigemeinschaft herrschend werden, die freilich auf gesetzlichem Wege zu lösen sei. Neben der Stellung

der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften — wofür wir schon berichteten —, eine Entschlie-ßung betrachte die bekannten Auseinandersetzungen als endgültig erledigt, hielt der bekannte Geheimrat Bornträger-Diffendorf ein Rekrat über den Geburtenrückgang. Der Redner sah darin eine schwere Gefahr für das deutsche Volk. Es sei nicht richtig, daß die unteren Volksschichten aus materiellen Gründen nicht in der Lage seien, eine größere Anzahl Kinder zu ernähren. Wie der Millionenkonsum von Alkohol, Tabak, Kinos und Totalisator beweisen, sei Deutschland ein Luxusland geworden; der Hang zur Vergnügungssucht sei eine Teilerscheinung der Geburtenbeschränkung und damit des sittlichen Verfalls. Die Verammlung nahm eine vom Redner beschlossene Resolution an, wonach es die evangelischen Arbeitervereine Deutschlands für wünschenswert erklärten, daß eine besondere Reichsbehörde zur Bekämpfung des Geburtenrückganges eingesetzt werde. Neben gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich Besteuerung, Erziehungsbefähigung und Wohnungspolitik müsse dem Handel mit empfängnisverhütenden und -beseitigenden Mitteln durch Gesetz Einhalt geboten werden. Gegen die Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche wandte sich ein einstimmig angenommener Antrag, worin an alle die Aufforderung gerichtet wird, an der Besserung von Mißständen in der Kirche mitzuarbeiten; es werde freilich von den Organen der Kirchengemeinden erwartet, daß sie mit Verständnis auch den Bedürfnissen der Arbeiterklasse entgegenkommen. Ein weiterer Antrag verlangt, daß sich der Verband mehr mit der Frage der Schaffung eines Arbeitskammergesetzes befasse. Die evangelischen Arbeitervereine hielten es dann noch für notwendig, sich in einer geharnischten Resolution gegen die angeblühende Diskreditierung der deutschen Industrie durch die Sozialdemokratie zu wenden. Die Entschlie-ßung lautet:

Der Delegiertentag der evangelischen Arbeitervereine erhebt den schärfsten Widerspruch gegen die systematischen Verdächtigungen der deutschen Industrie durch die sozialdemokratische Partei, insbesondere des Abgeordneten Liebknecht. Durch diese das Mißtrauen des Auslandes weckenden und demgemäß die Aufträge aus demselben zurückhaltenden Verunglimpungen werden nicht nur die industriellen Unternehmungen, sondern auch — wie aus verschiedenen Verbandsvereinen bestätigt wird — die deutschen Arbeiter schwer geschädigt. Der Delegiertentag nimmt daher erneut Anlaß, die Arbeiter evangelischen Bekenntnisses aufzufordern, den Leugnissen der Sozialdemokratie nicht zu folgen, sondern sich den evangelischen Arbeitervereinen anzuschließen.

Mit dieser sonderbaren Beschönigung der kapitalistischen Korruption, die eines solchen Verbandstages durchaus würdig gewesen wäre, wurde die Tagung geschlossen.

Soziales.

Die Sonntagsruhe. Du sollst den Feiertag heiligen, sagt ein göttliches Gebot. Danach müßte die Kirche die eifrigste Verfechterin des Sonntagsruhegedankens sein. Wie schaut nun aber ihre Haltung in dem gegenwärtigen Kampfe um die handelsgewerbliche Sonntagsruhe aus? Das zeigt ein Vortrag in der Diözesanversammlung der Epphorie Großenhain in Sachsen, über den die „Handlungsgehilfen-Zeitung“ berichtet. Da sprach ein Herr Pastor Jaggi über die Sonntagsruhe. Er dankte u. a. der Staatsregierung für das große Verständnis, das sie dieser Frage entgegengebracht hat. Aber ganz zufrieden war dieser Herr mit den gegenwärtigen Zuständen doch nicht. Sonntagsheiligung ist es, so führte er aus, wenn Lehrlinge am Sonntag bis kurz vor Gottesdienst beschäftigt werden, wenn am Karfreitag, unserem größten Feiertag Kuchen gebacken werden, wenn Vereinsbeiträge gerade während des Gottesdienstes kassiert werden und ähnliches mehr. Weiter wettete er gegen die Abhaltung von Tanzfestlichkeiten am Sonntagsabend. Auch an die kühnen Fliegeroffiziere richtete der gute Mann die Bitte, ihre Flügel nicht gerade zur Stunde des Sonntagsgottesdienstes auszuführen. Nach einer längeren Aussprache wurde von der Versammlung eine Entschlie-ßung angenommen, in der es heißt: „Sie (die Versammlung) bittet die Königl. Staatsregierung, auch weiterhin die strenge Durchführung der bestehenden Sonntagsbestimmungen nach dem Gesetze vom 10. September 1870 im Interesse nicht nur der Kirche, sondern des gesamten Volkes zu veranlassen. Dazu erscheint aber dringend erforderlich, daß die durch Gesetz vom 5. Oktober 1910 erlassenen Abänderungen der §§ 6—8, wonach Tanzmusik und Vergnügungen an Vorabenden zu Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr morgens gestattet sind, zurückgezogen werden. Diese Aufhebung der genannten Paragraphen zu erbitten, erscheint der Diözesanversammlung ernste Gewissenspflicht.“ Das war alles, was die Herren zu fordern haben! Es ist ihnen Gewissenspflicht, zu fordern, daß die Tanzvergünstigungen an Vorabenden der Feiertage untersagt werden, aber sie können es mit ihrem Gewissen vereinbaren, wenn Angeleitete und Arbeiter nicht nur Sonntagsvormittags, sondern auch Sonntagsmittags und sogar Sonntagsabends zur Arbeit angehalten werden. Sie weitem dagegen, wenn sich jemand am Karfreitag seinen Ostersuchen häßt, aber die hohen Herren finden es ganz in der Ordnung, wenn z. B. die Bäckergehilfen gezwungen werden, an den Feiertagen, auch am Karfreitag ihre Arbeit zu verrichten und wenn die Ladenangestellten die Kaufwaren den ganzen Sonntag hindurch feilschubeten haben. Welche Heuchelei, welches Pharisäertum prägt sich doch in der Haltung dieser Geistlichen aus! Soziale Gesinnung von diesen Leuten zu fordern, auf den Gedanken wird wohl so leicht niemand kommen. Die evangelischen Geistlichen geben an Anpassungsfähigkeit an die Forderungen des Unternehmertums, wie dieses Beispiel zeigt, den Zentrumsparlaments nichts nach.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein mißhandelnder Offizier freigesprochen! Das Kriegsgericht der 2. Garde-Division verurteilte am Freitag einen Mißhandlungsprozeß, der sich gegen einen Offizier richtete. Angeklagt war der Oberleutnant Genßleben, abkommandiert zum Telegraphen-Bataillon Nr. 5. Es wurden ihm von der Anklage Mißhandlung und vorchriftswidrige Behandlung Untergebener in je zwei Fällen sowie Beleidigung zur Last gelegt. Die mehrere Stunden währende Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Das Urteil sowie die Begründung wurden in öffentlicher Sitzung verkündet. Aus der letzteren geht hervor, daß die dem Angeklagten vorgeworfenen Straftaten in obiger Hinsicht nachgewiesen worden sind, dagegen konnte das Gericht nicht zu der Überzeugung kommen, daß das zur Verurteilung des Angeklagten notwendige subjektive Moment erwiesen sei. Es wurde in der Urteilsbegründung verkündet, daß der Angeklagte sich bei der Begehung der Mißhandlungen in einem Zustand befunden hat, in dem seine freie Willensbestimmung aus geschlo-ßenen war, so daß auf Grund des § 51 des N. St. G. B. die Freisprechung des Oberleutnants S. erfolgen mußte.

Aus Nah und Fern.

Des Kaisers Jagdglück. Im Jahre 1913 hat Wilhelm II. nach dem jetzt vorliegenden offiziellen Bericht des kaiserlichen Hofjagdamtes insgesamt 4006 Stück Wild zur Strecke gebracht. Es befinden sich darunter u. a.: 39 Rothirsche, 34 Damshäuler, 64 große Sauen, 1 Damtier, 17 Hasen, 411 Kaninchen, 3185 Fasanen, 73 Rebhühner, 1 Birckuhh, 111 Füchse, 1 Wufflonbock. Ein geradezu fabelhaftes Jagdglück, wenn man bedenkt, daß der Kaiser von seiner durch Regieren arg in Anspruch genommenen Zeit nur dann und wann mal etnige Tage abknapsen kann, dem edlen Waidwerk obzuliegen. Sollte Wilhelm II. auch in der Zukunft sein Jagdglück treu bleiben, so werden wir in etwa 6 Jahren das Fest der Erlegung des 100 000. Stück Wildes durch eine Jubelfeier begehen können, hat doch der kaiserliche Nimrod bisher im ganzen 73 308 Stück Wild aller Art zur Strecke gebracht. Es gibt auf dem ganzen Erdball wahrscheinlich keinen Menschen, der so von des Jagdglücks Gunst gesegnet ist. Selbst ein Walfisch und ein Hecht sind von Wilhelm II. schon erlegt worden.

Das private Versicherungswesen ist ein glänzendes Geschäft — für die Aktionäre. Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ machte im Jahre 1913 wieder sehr gute Geschäfte. Sie erzielte aus ihrem Gesamtgeschäft einen Ueberschuß von 39 519 451 Mt. und zahlte ihren Aktionären eine Dividende von 170 pro Aktie, für welche nur 600 Mt. einbezahlt sind. Der Ueberschuß bei der großen Lebensversicherung betrug 19 394 726 Mt., bei der kleinen (Vollversicherung) 16 988 336 Mt. Die Agenturprovisionen betragen bei der Volksversicherung 13 442 415 Mt., die Verwaltungskosten und Steuern 5 156 400 Mt. Im ganzen betragen die Einnahmen bei diesem einen Zweig des Geschäfts allein 479 223 831 Mt., woran am besten die kolossale finanzielle Bedeutung und Wirkung solcher Anstalten zu ermessen ist. Daß die Aktionäre und Aufsichtsräte in diesem Jahre sich mit den Erträgen der übrigen Zweige für ihre Lantkemen begnügen müssen und aus dem Ueberschuße der Volksversicherung Lantkemen nicht bezahlt werden, ist eine der erfreulichsten Folgen der Gründung der Volksfürsorge, die beweist, daß sich auch die Privatgesellschaften den berechtigten Reformen nicht entziehen können.

Abgetürzt. Von dem vielbesuchten Glaxensteineln bei Kersbach (Bayern) ist der 29jährige Kaufmann Eugen Dohst aus Nürnberg abgestürzt. Er war sofort tot.

Durch den Panamalanal. Der erste Djeaudampfer, der durch die Schleusen des Panamalanals von Gatun fuhr, war der Panamal Railroad-Dampfer „Alliance“ mit einem Rauminhalt von 4000 Tonnen. Der Dampfer wurde rückwärts und vorwärts hindurchgeführt, um zu beweisen, daß die Schlepplokomotiven imstande sind, große Schiffe zu bewältigen. Das Experiment wurde ohne Zwischenfall in der geforderten Zeit von anderthalb Stunden für jeden Weg erledigt. Eine große Menschenmenge wohnte dem Versuche bei, darunter Oberst Goethals.

Zu dem Ballonunglück, das sich Sonntag nachmittag in Cézone ereignete, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: In dem Ort war von verschiedenen Turnvereinen Kirmes veranstaltet worden. Um 4 Uhr nachmittags sollte der Freiballon „Le Petit Journal“ unter Führung des bekannten Aeronauten Leprince aufsteigen. Das Wetter war äußerst ungunstig. Die Füllung bereitete schon große Schwierigkeiten. Trotz dringenden Abtratsens seiner Freunde bestand aber der Luftschiffer auf seinem Vorhaben. In dem Augenblick, als er in der Gondel Platz genommen hatte und aufsteigen wollte, wurde der Ballon von einem heftigen Windstoß zu Boden gedrückt und erhielt einen 3 Meter langen Riß. In demselben Augenblick erfolgte eine heftige Explosion, die etwa 100 Zuschauer zu Boden schleuderte. Der Ballon erhob sich dann noch 10 Meter in die Luft und verwandelte sich in eine Klammensäule. Er stürzte darauf auf die Köpfe der Zuschauer herab. Der unglückliche Luftschiffer erlitt sehr schwere Brandwunden. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Eine Feuersbrunst zerstörte das Mil-Delta-Dorf Mitroussa. 15 Personen verbrannten. Hunderte wurden verletzt. 3000 Personen sind obdachlos.

Feuersbrunst. Aus Saratow (Rußland) wird gemeldet: Ein auf einem Dampfer der Wolga-Kama-Gesellschaft ausgebrochenes Feuer griff reißend um sich und zerstörte fünf Landungsplätze, große Warenlager und mehrere Barken.

Ein blutiger Kampf in Marokko. Ein heftiger Kampf hat in Marokko stattgefunden. Fünfunddreißig Mann französischer Infanterie, die eine Gruppe von Telegraphenarbeitern nach Tadders begleiteten, wurden unterwegs zwischen Ulmes und Tadders von dem Stamme der Sajas angegriffen. Die französischen Soldaten, die unter dem Befehl eines Unteroffiziers standen, schlugen den Feind in die Flucht, der große Verluste erlitten haben soll. Die französischen Truppen ihrerseits verzeichneten sechs Tote und sieben Verwundete.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

KNORR

Knorr-Hafermehl,
das allbewährte Nahrungsmittel für Kinder.

Knorr-Hafersflocken,
beste kräftigende Nahrung für Magenschwache und Blutarmer.